

Holzarbeiter-Zeitung

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes

Erscheint wöchentlich am Samstag.
Abonnementpreis Mk. 1.50 pro Vierteljahr. Zu beziehen durch
alle Postanstalten. Für Verbandsmitglieder unentgeltlich.

Verantwortlich für die Redaktion: E. Fr. Deinhardt, Stuttgart.
Für die Expedition und den Anzeigenteil: Ed. Steinbrenner, Stuttgart.
Redaktion und Expedition: Stuttgart, Adler-Straße 43.

Inserate für die viergespalt. Postzelle oder deren Raum 60 Pfg.
Vergütungsanzeigen und Arbeitervermittlungen 30 Pfg.
Versammlungsanzeigen 15 Pfg.

Die richtige Gewerkschaftstaktik.

Die jetzige Bewegung der Buchdrucker, die mit der Ende September erfolgten Revision des Buchdrucker-Tarifes einsetzte, hat wieder einmal zu einer lebhaften Erörterung über die gewerkschaftliche Taktik Veranlassung gegeben. Die Buchdrucker haben es bekanntlich zu einem Kampf mit den Buchdruckereienternehmern nicht kommen lassen, sie sind vielmehr zu einer friedlichen Neuregelung des Tarifverhältnisses geschritten. Das und nicht zuletzt die Begründung dieser Maßregel hat unter den Buchdruckern sowohl wie in der Parteipresse vielfach Widerspruch erregt. Besonders in den leitenden Parteorganen wurde das Vorgehen der Zeitung des Buchdruckerverbandes in weitgehender Weise kritisiert.

Wir können uns dieser Kritik natürlich nicht vollinhaltlich anschließen. Denn ganz abgesehen davon, daß sie das Sachliche zuweilen vermissen ließ, schätzte sie die materiellen Ergebnisse der Tarifrevision viel zu gering ein. Dagegen stehen wir nicht an zu erklären, daß wir gegen den Abschluß des Tarifes auf die lange Zeit von bis zu 10 Jahren, gegen den tariflichen Organisationszwang und den vorbehaltlosen Vertragsabschluß durch die Arbeitervertreter Bedenken hegen und daß uns die gegen diese Maßnahmen gerichtete Kritik berechtigt erscheint, wiewohl wir auch da die Art der Kritik nicht billigen können. Auf Einzelheiten einzugehen, ist hier nicht der Raum, auch zwingen uns Opportunitätsgründe, zurzeit von jeder eingehenden Kritik des Verhaltens der Buchdrucker bei der letzten Tarifrevision abzusehen.

Jedenfalls sind wir weit davon entfernt, alles, was die Buchdrucker in den letzten Monaten getan haben, vorbehaltlos zu billigen, und doch möchten wir davor warnen, aus den Resultaten und dem Drum und Dran der Buchdrucker-Tarifbewegung so weitgehende Schlüsse zu ziehen, wie es von Karl Kautsky und Rosa Luxemburg in der Nummer 4 der „Neuen Zeit“ geschieht.

Kautsky folgert aus einer wenig glücklichen Verteidigung der Taktik des Buchdruckerverbandes durch den Buchdruckerkorrespondenten, daß die bisherige Taktik des Verbandes — Rosa Luxemburg nennt sie die „englische Methode der Gewerkschaftspolitik“ — Schiffbruch erlitten habe. Die Aggressivkraft der isolierten Gewerkschaften gehe immer mehr verloren, woraus sich ein immer größeres Ruhebedürfnis derselben erkläre. So müsse man sich nach neuen Methoden des Kampfes umsehen:

„Je mehr die Unternehmerorganisationen erstarken, desto enger muß sich die gesamte Arbeiterklasse zusammenschließen, desto mehr müssen sich die Gewerkschaften zentralisieren, desto mehr müssen die Unterschiede zwischen den gelernten und ungelernten Arbeitern überwunden werden, desto eifriger muß man die Aufzählung und Schulung der unorganisierten Massen innerhalb wie außerhalb der eigenen Berufe betreiben, desto weiter muß der Rahmen der internationalen Zusammenhänge ausgedehnt werden, desto enger muß das Verhältnis zwischen den Gewerkschaften und der Sozialdemokratie werden. Können nur die Gewerkschaften die größten Massenorganisationen des Proletariats bilden, so vermag nur die Sozialdemokratie die gesamte Kraft der Lohnarbeiterschaft samt allen ihr benachbarten Volksschichten in Bewegung zu versetzen. Immer notwendiger wird die vereinte Aktion von Sozialdemokratie und Gewerkschaften.“

Man kann alle dem zustimmen, und man braucht die andere Kautskysche Formel nicht zu unterschreiben: Je mehr die bisherigen Methoden des Kampfes versagten, desto ungenügender würden auch die sofortigen Ergebnisse der Kleinarbeit, desto schwieriger werde es, in normalen Zeiten erhebliche Fortschritte zu erzielen, desto größer werde die Spannung zwischen Kapital und Arbeit, desto mehr müsse die Art der Erzeugnisse des Proletariats eine rückwärts werden. Es komme in gewöhnlichen Zeiten fast gar nicht vom Flecke, um sich dann bei günstigen Gelegenheiten um so mehr in ganzer Masse zu erheben und dann um so rapidere Fortschritte zu machen. Das sei die Methode, wie sie jetzt in Rußland geübt werde, und der, wie Rosa Luxemburg im einzelnen nachweist, die russischen Buchdrucker in den großen Städten den Achtstundentag, in vielen anderen den Achteinhalbstundentag und enorme Lohnerhöhungen zu verdanken haben.

Wir anerkennen die Notwendigkeit der größeren Konzentration der gewerkschaftlichen Organisationen, der Aufzählung und Schulung der unorganisierten Massen innerhalb wie außerhalb des Berufes, des engeren Zusammenschlusses und der vereinten Aktion der Sozialdemokratie und Gewerkschaften, bestreiten aber das Fiasko der bisherigen

Methoden des gewerkschaftlichen Kampfes in Deutschland. Im Gegenteil haben uns erst die letzten Jahre eine volle Entfaltung der gewerkschaftlichen Kräfte, Lohnbewegungen der großen Masse der Arbeiterschaft und große wirtschaftliche Erfolge gebracht, die in früheren Jahren auch nicht entfernt möglich gewesen wären. Unsere jetzigen Kampfmethoden haben sich in unserer letztjährigen Streiktätigkeit durchaus bewährt, und wir haben keine Veranlassung, an der Sieghaftigkeit der Gewerkschaften auch in der Zukunft zu zweifeln. Jedenfalls geben die letztjährigen Streikstatistiken und die diesjährigen Streikbewegungen Kautsky nicht das Recht, uns eine neue gewerkschaftliche Taktik anzuempfehlen. Wir können auch nicht die Berechtigung des Kautskyschen Eventualsages anerkennen: „Je mehr die bisherigen Methoden des Kampfes versagen, desto ungenügender werden auch die sofortigen Ergebnisse der Kleinarbeit, desto schwieriger wird es, in normalen Zeiten erhebliche Fortschritte zu erzielen.“ Dieser Eventualsage hat für die deutschen Verhältnisse keinerlei Berechtigung, so daß die Empfehlung der neuen, der russischen Gewerkschaftstaktik für uns schon von selbst gegenstandslos wird.

Uns scheint denn auch, daß diese russische Gewerkschaftstaktik sich zurzeit überhaupt nur für russische Verhältnisse eignet. Diese Taktik ist nur möglich in einer revolutionären Periode, daß wir uns aber in Deutschland einer solchen in absehbarer Zeit nähern, steht sehr in Frage. Die Disziplinierung der Taktik der Buchdrucker, die mehr oder weniger die Taktik der deutschen Gewerkschaften ist, mittels der Taktik der russischen Buchdrucker hat deshalb wenig Sinn.

Auch die russische Taktik ist von den deutschen Arbeitern lange schon gehandhabt worden, ehe es russische Arbeiterorganisationen und russische Arbeiterkämpfe gab. Wir erinnern nur an die deutschen Arbeiterkämpfe im Jahre 1848. Obwohl die Arbeiterbewegung beim Beginn der deutschen Revolution über bescheidene Ansätze nicht hinausgekommen war, gelangte sie doch im Verlauf des Jahres 1848 zu großer Bedeutung. Je mehr die bürgerliche Revolution versandete, sagt darüber Mehring, um so revolutionärer wurde die Arbeiterklasse. „In Lohnkämpfen war das Jahr 1848 überaus reich. In Berlin allein zählten sie nach den Märztagen zu vielen Dutzenden. Wie es in der Natur der Sache lag, erzielten die streikenden Arbeiter viele augenblicklichen, aber keine dauernden Erfolge. Was ihnen in der Angst vor der Revolution gewährt worden war, das wurde ihnen im Übermut der Reaktion wieder entzogen. Aus den jetzt schon gelegentlich erwachsen bei einzelnen Gewerkschaften und bei den Schriftsetzern und Zigarrenarbeitern.“ So Mehring in seiner Geschichte der deutschen Sozialdemokratie.

Wir sehen, die Verhältnisse lagen in Deutschland im Jahre 1848 ähnlich als jetzt in Rußland. Wir hatten auch damals in Deutschland eine überaus reiche Lohnbewegung, die den Arbeitern viel (augenblickliche) Erfolge brachte; diese Lohnbewegungen trugen damals in Deutschland wie heute in Rußland oft genug den Charakter revolutionärer Kämpfe; auch damals wurden, wie jetzt in Rußland, gewerkschaftliche Organisationen über Nacht gegründet. Daß das alles in Rußland sich jetzt kraftvoller entwickelt als seinerzeit die Arbeiterbewegung in Deutschland, liegt in der Natur der Sache; Das russische Proletariat arbeitet mit den jahrzehntelangen Erfahrungen einer klassenbewußten Arbeiterbewegung in Westeuropa, und es ist viel größer an Zahl als das deutsche Proletariat im Jahre 1848, dem es an dem so notwendigen Zielbewußtsein sowohl, wie an der praktischen Erfahrung im Klassenkampf durchaus fehlt.

Das alles steht uns heute zur Seite, und würden wir, vor eine revolutionäre Situation gestellt, ebenso und vielleicht zielbewußter und kraftvoller noch handeln wie die russischen Arbeiter in der Gegenwart, so hindert uns unsere taktische Erfahrung und unser Zielbewußtsein doch, in „normalen Zeiten“ unsere so bewährte und erfolgreiche Kampftaktik mit der russischen Taktik zu vertauschen. Wir können wünschen und durch eine kraftvolle wirtschaftliche Bewegung in Deutschland daran mitwirken, daß die jetzigen Erfolge der russischen Arbeiter nicht nur Augenblickserfolge bleiben, daß den russischen Arbeitern jetzt nicht, wie den deutschen Arbeitern 1848, das, „was . . . in der Angst vor der Revolution gewährt worden ist, ihnen im Übermut der Reaktion wieder entzogen“ wird, aber von unserer bisherigen Methode des Kampfes können wir nicht lassen, denn diese ist für die gegenwärtigen deutschen Verhältnisse die richtige Gewerkschaftstaktik.

Produktionskosten.

II. (Schluß.)

b. Es ist eine bekannte Tatsache, daß die Produktion im Großbetrieb sich immer mehr verbilligt. Werden die ersten Stücke eines Gegenstandes hergestellt, so kommen sie sehr teuer, wird die Produktion ausgedehnt, so verbilligt sie sich; mit der häufigeren Herstellung des Gegenstandes werden immer neue Vereinfachungen des Produktionsprozesses, eine immer größere Arbeitsteilung durchgeführt, es werden eventuell ganz besondere Arbeitsmaschinen zur Herstellung des Gegenstandes eingeführt, so daß sich die Kosten, auf das einzelne Stück berechnet, ganz erheblich vermindern. Hierin liegt der große Vorteil der Massenproduktion des Großbetriebs, mit dem der handwerksmäßige, mit wenig Arbeitern produzierende, schon deswegen die Arbeitsteilung mit ausnützende handwerksmäßige Betrieb, der überdies mit wenig Kapital arbeitet, nicht zu konkurrieren vermag. Dort, wo auf den Geschmack des einzelnen Rücksicht genommen werden muß, wo jede einzelne Bestellung besondere Zeichnungen und Berechnungen erfordert, fehlen diese Vorteile naturgemäß vollkommen. Deswegen können sie sich im Kunstgewerbe, soweit dieses den individuellen Geschmack zu berücksichtigen hat, nicht einstellen. Deswegen zeigt sich auch in der Maschinenindustrie ein unverhältnismäßig größerer Fortschritt der Produktionsentwicklung als in den Holzverarbeitenden Industrien. Aber auch hier finden wir in der Bauischreinererei, zum Teil auch in der Möbelschreinererei, dann in der Bleistiftindustrie, der Kamminindustrie und in den verwandten Gewerben, wie des Hüftens- und Pinselindustrie, starke Wirkungen der modernen Produktionsstendenzen. Aber in mancher Hinsicht ist das Verhältnis ein anderes wie in den Metall verarbeitenden Gewerben. Es wäre sicherlich sehr interessant, wenn eine Arbeit, wie sie Dr. Kurt Rathenau über die Produktionskosten in der deutschen Maschinenindustrie ausgeführt hat, auch für die Holz verarbeitenden Industrien vorliegen würde. Da dies nun nicht der Fall ist, da wir aber überzeugt sind, daß ähnliche Erscheinungen wie in der Maschinenindustrie zum Teil schon in den Holzindustrien in Erscheinung getreten sind, sicherlich aber in der Zukunft auch Platz greifen werden, so wollen wir die Ergebnisse der Rathenauschen Untersuchungen unseren Lesern, wenn auch nur sehr gedrängt, vorführen.

Aus der Industrie für Pumpen und Kompressoren steht folgendes Beispiel zur Verfügung. Drei Modelle kosteten

im Jahre 1897	197	880	1598 Mk.
Dieselben Modelle kosteten			
im Jahre 1901	177	818	1467 Mk.
„ „ 1904	162	788	1345 „

Somit verminderten sich die Produktionskosten in der kurzen Spannezeit um 15 bis 18 Prozent. Derartige Tatsachen sind uns sehr wohl bekannt, aber ein Rätsel blieb es immer, worin diese große Ersparnis der Produktionskosten beruht, ob sie zurückzuführen war auf die Verminderung der Löhne oder der allgemeinen Unkosten oder der Materialkosten. Diese Frage wird nun wenigstens für die Lohnkosten und Materialkosten klar beantwortet. Die Lohnkosten fielen beim ersten Modell von 41 auf 32, beim zweiten von 136 auf 107 Mk. und beim letzten von 316 auf 252 Mk., somit ergab sich eine Verminderung der Lohnsumme um durchschnittlich 22 Prozent, während die Materialkosten in der gleichen Periode sich bloß um 18 Prozent verminderten. Hieraus geht klar hervor, daß der Anteil der Arbeiter am Produkt sich ganz erheblich vermindert hat. Erwägt man, daß in der Periode 1897 bis 1904, wie wir das aus den Dividenden der Aktiengesellschaften schließen können, die Gewinne der Unternehmer erheblich gewachsen sind, so zeigt sich, daß der Widerstand des Unternehmertums gegen die Lohnforderungen der Arbeiter vollständig unberechtigt war. Was nun die allgemeinen Unkosten anlangt, so gibt uns Herr Dr. Rathenau hierüber keine brauchbaren Ziffern. Die Unkosten wurden berechnet aus 150 Prozent der Löhne, sind also lediglich eine Schätzung und nicht den tatsächlichen Verhältnissen entnommen. Bedeutungsvoll ist die Feststellung, daß die Verminderung der Produktionskosten zusammenhängt mit einer Steigerung der Produktion. Vom ersten Modell der Pumpen wurden im Jahre 1897 80, 1901 95, 1904 45 Stücke fertig, in ähnlichem Verhältnis wuchs die monatliche Produktion der anderen Pumpen.

Die erste Schreibmaschine, die eine deutsche Fabrik zum größten Teile von Hand, ohne Zuhilfenahme von besonderen Einrichtungen und Maschinen herstellte, ergab 4500 Mk. Selbstkosten. Es wurden dann 100 Maschinen in Angriff genommen, deren Selbstkostenpreis sich auf 200 Mk. pro

Stück stellte, weil schon teilweise mit Spezialeinrichtungen gearbeitet wurde, jedoch noch nicht in der Bervollkommnung, daß zum Beispiel beim Fräsen, Bohren usw. mehrere Stücke mit einem Male bearbeitet wurden. Nach Fertigstellung dieser 100 Maschinen und ihrer praktischen Ausprobierung im Konsumentenkreis wurde die Maschine umkonstruiert, die Zahl der Teile erhöhte sich um zirka 10 Prozent. Alsdann wurden 500 Maschinen zum Preise von 160 Mk., bis zu 1000 Maschinen zum Preise von 140 Mk., bis zu 2000 Maschinen zum Selbstkostenpreis von 125 Mk. hergestellt. Erwägt man nun, daß bei der ersten Maschine, die zum größten Teil von der Hand gefertigt wurde, 4500 Mark Selbstkosten entstanden, von denen naturgemäß der erheblich größte Teil auf die Löhne zurückzuführen war, so ergibt sich bei der letzten Maschine mit 125 Mk. Selbstkosten und dem Satz von 50 Mk. für die Löhne eine ungeheuerliche Verminderung, die auf die Massenfabrikation, auf vollste Anspannung der Arbeitskraft, ausgebildete Arbeitsteilung und volle Ausnützung von Spezialmaschinen zurückzuführen ist.

Bei der Herstellung von Bohrwerkzeugen sank bei gleichbleibenden Materialpreisen in der Periode 1899 bis 1904 der Lohn für das einzelne Stück von 67 auf 19, von 89 auf 32, von 136 auf 68, von 67 auf 39, von 116 auf 59, von 164 auf 94 Pf. Dabei ist bloß bei dem ersten Stück die Aufwendung für das Material gleich geblieben, bei allen übrigen Stücken ist dieselbe gestiegen, zum Teil bis zu 50 Prozent, während die Kosten für die Löhne um 20, 29, 31, 32, 45, 65 Prozent gefallen sind. Bei der Herstellung von Schneidwerkzeugen ist in den Jahren 1900 bis 1904 bei steigenden Materialkosten der Lohn gesunken von 48 Mk. auf 31,60 Mk., bei Bohrwerkzeugen von 48 Pf. auf 25 Pf. Die Produktionskosten sind trotz der Steigerung der Materialkosten um 26 bzw. 31 Prozent gefallen. Bei der Herstellung einer vertikalen Bohrmaschine sind von 1899 bis 1905 die Lohnsummen gefallen von 401,30 Mk. auf 323,09 Mk., und zwar beim Hobeln von 26,50 Mk. auf 16,03 Mk., beim Fräsen von 47,11 Mk. auf 13,58 Mk., beim Drehen von 80 Mk. auf 49,86 Mk., beim Räderfräsen von 25 Mk. auf 11,88 Mk., beim Schleifen von 19,80 Mk. auf 15,74 Mk., beim Bohren von 60 Mk. auf 56,19 Mk., beim Schaben von 15,45 Mk. auf 8 Mk., beim Lackieren von 8,80 Mk. auf 4,52 Mk. usw., bloß bei 2 von 11 Arbeitsprozessen fand eine Gehhöhung des Lohnanteils statt.

Bei einer anderen Bohrmaschine waren die Arbeitslöhne von 1899 bis 1904 um 85 Prozent gefallen. Bei allen Maschinen tritt das Sinken der einzelnen Lohnposten deutlich hervor, und es würde sich dies noch mehr äußern, wenn nicht das Material ein besseres, härteres geworden wäre, dessen Bearbeitung schwieriger ist.

Eine der größten Fabriken für Elektromotore gab für die Jahre 1901 bis 1904 an, daß pro Pferdekraft der Arbeitslohn sich vermindert hatte um 18, 14, 13, 11 1/2, 11 Prozent, je nach der Größe des Elektromotors, es war die Abnahme bei den kleinsten Elektromotoren am größten. Eine andere Fabrik für Elektromotoren gab eine Verminderung der Produktionskosten um 30 Prozent in drei Jahren, um 12 bis 15 Prozent in zwei Jahren an, wobei sie feststellte, daß diese Verminderung zum kleinsten Teile auf die Verbilligung des Materials, zum größten Teile auf die Verminderung der Lohnkosten zurückzuführen war.

Mancher Leser unserer Darstellung dürfte vermuten, daß die Verminderung der Produktionskosten und die rapide Abnahme des Lohnanteils auf die Preise verbilligend gewirkt habe. Das ist aber durchaus nicht immer der Fall.

Für Schreibmaschinen, Nähmaschinen, Spezialwerkzeuge sind in den Jahren 1900 bis 1904 die Verkaufspreise die gleichen geblieben, obwohl die Herstellungskosten erniedrigt worden sind, teilweise sogar um erhebliche Prozentsätze. Man erstieht hieraus deutlich, wie unberechtigt der Jammer der Unternehmer über die ungezügelte Begehrlichkeit der Arbeiter ist. Sie vermindern die Produktionskosten, am stärksten sinkt der Anteil der Löhne, die Preise bleiben die gleichen, das heißt also die Gewinne steigen gewaltig und der Arbeiter wird mit seinen Forderungen zurückgewiesen. Man erstieht hieraus klar, wie unrichtig die Meinung derjenigen ist, die die Arbeiter damit betören wollen, daß sie der Streik und der Gewerkschaften nicht bedürften, daß die Unternehmer, sobald sie es vermöchten, schon aus freien Stücken den Arbeitern einen erhöhten Anteil am Ertrag des Unternehmens zubilligen würden.

Auch dort, wo die Ersparnisse in den Produktionskosten zu einer teilweisen Verbilligung der Preise führen, ist, wie uns Rathenau wieder zeigt, die Ersparnis an Produktionskosten größer als die Minderung der Preise, wobei ferner in Betracht kommt, daß die Minderung der Produktionskosten im engsten Zusammenhang steht mit der Steigerung der Produktmenge, so daß selbst bei entsprechender Minderung der Preise der Gewinn der Unternehmer erheblich wachsen muß, während der Anteil des Arbeiters an dem Preise des einzelnen Stückes sich erheblich vermindert.

Die Tendenz der Unternehmer geht auf eine ununterbrochene Herabdrückung der Löhne, weil er die Ausgaben für das Material nie unter eine gewisse Grenze ermäßigen kann. Weil diese jeweils von den Preisen der Rohprodukte abhängen und weil bei dem starken Bedarf an Rohprodukten, die nur in begrenztem Maße vorhanden oder zurzeit beschaffbar sind, in einer Periode starker Industrieentwicklung diese Preise eine steigende Tendenz naturgemäß annehmen: So geht das Bestreben der Unternehmer dahin, den zweiten und bei weitem wichtigsten Faktor der Produktionskosten, der Ausgaben für die Arbeitslöhne, fortgesetzt durch Verbesserung der Arbeitsmethoden zu erniedrigen. Hierüber finden sich in dem Buche von Rathenau eine Reihe

sehr bemerkenswerter Beispiele, auf die wir im einzelnen nicht eingehen können, obgleich sie wegen der Bemerkungen über die Lohnsysteme und im besonderen über das verhängnisvolle Prämienlohnssystem von großer Bedeutung sind.

Für uns haben diese Ausführungen die große Bedeutung, daß wir sehen, wie verschieden eigentlich die Arbeiter heute noch bei ihren Lohnforderungen sind, und wie geschickt die Unternehmer es verstehen, bei den Arbeitern den Glauben zu erwecken, daß der Anteil der Löhne an den Produktionskosten in seiner neuesten Entwicklung mit großen, die Existenz der Industrie gefährdenden Gefahren verknüpft ist. Die Unternehmer führen ihre sozialen Kämpfe mit den Täuschungsmitteln der hohen Diplomatie. Freilich genügt es nicht, daß die Arbeiter wissen, wann die Unternehmer höhere Löhne gewähren können, die Arbeiter müssen auch die Mittel besitzen, diese höheren Löhne zu erzwingen. Diese Mittel bestehen nicht nur in der Tatsache der gewerkschaftlichen Organisation, sondern auch in der Erkenntnis des Produktionsprozesses, in dem klaren Urteil über die Lage der Industrie, über die Aussichten der Geschäfte, über die Dringlichkeit der Lieferungen, über die Möglichkeit der Hinausstreitung der Lieferungsstermine, über die Eventualität der Veränderungen der Bestellungen und der Möglichkeit, dieselben an anderen Stellen ausführen zu lassen. Das sind alles Momente, von deren Wichtigkeit die große Masse auch lang organisierter Arbeiter noch nicht durchdrungen ist, worüber vielfach noch völlige Unklarheit und gewaltige Unterschätzung herrscht. Hierin liegen für Gegenwart und Zukunft große und schwere Aufgaben unserer Gewerkschaftsbewegung, die leider nur zum geringsten Teile aus Vorträgen und Büchern, sondern vor allem durch systematische, nächterne Beobachtung erworben werden können. Es sollte nicht vergessen werden, daß in all diesen Beziehungen die Unternehmer ganz naturgemäß vor den Arbeitern im Vorsprung sind und auch bleiben werden. Desto ernster ist die Erweiterung des Gesichtskreises unserer Kollegen notwendig.

Von der sächsischen Holzindustrie.

Das trübste Kapitel in den Berichten der sächsischen Gewerbeaufsichtsbeamten für 1905 bildet das über die Kinderarbeit. In Sachsen ist die Kinderarbeit, allen Kinderschutzgesetzen und Arbeiterschutzmaßnahmen zum Trotz, noch sehr im Gange. Es wird denn auch von den Gewerbeaufsichtsbeamten immer wieder über Fälle von unzulässiger Beschäftigung von Kindern auch in Holzbearbeitungsbetrieben berichtet, die man gerade in dieser mit großen Anstrengungen und großen Gefahren verbundenen Industrie nicht für möglich halten sollte.

So berichtet auch jetzt wieder der Beamte für den Bezirk Bauhen, daß in einer mit elektrischer Kraft betriebenen Tischlerei ein Schulknabe Botengänge und Aufräumungsarbeiten (!) zu verrichten hatte; in einer anderen mit Dampfkraft betriebenen Tischlerei wurden zwei Schulknaben nachmittags mit Anstreicherarbeiten beschäftigt. Auf die an die Polizeibehörde erstattete Anzeige wurde dieser Betriebunternehmer mit 5 Mk. Geldstrafe eventuell einem Tage Haft belegt. In einem anderen Betrieb beschäftigte man drei Schulknaben an den Nachmittagsstunden mit Einfortieren geschnittener Holzsohlen. Auf Vorhalt des Aufsichtsbeamten wurden die Knaben sofort entlassen. Ebenso wurde die Entlassung eines schulpflichtigen Knaben in einer Holzwarenfabrik durchgesetzt, obgleich demselben eine Arbeitskarte für diese Beschäftigung durch den Gemeindevorstand ausgestellt worden war. — Auch aus dem Bezirk Chemnitz wird über mehrere Fälle von unzulässiger Beschäftigung von Kindern in Holzbearbeitungsanlagen berichtet. So wurden in einer neu entstandenen Anlage zur Herstellung von Spielwaren elf Schulknaben im Alter von 12 bis 14 Jahren mit Laubsägearbeiten, Zusammenfügen von Spielwaren, Wreiben derselben mit Schmirgelpapier usw. beschäftigt. Da der Betrieb, in welchem außer den Schulkindern noch gegen 20 erwachsene Personen tätig sind, in Anbetracht des Umfangs und nach der Art der Leistung als Fabrik im Sinne der Gewerbeordnung anzusehen ist, wurde der Firma die Beschäftigung der Schulkinder untersagt. Bei einer später während der Schulkferien vorgenommenen nochmaligen Revision wurde festgestellt, daß das Verbot nicht beachtet wurde, denn die Knaben arbeiteten bei Einhaltung einer nur einstündigen Mittagspause bis zu 7 1/2 Stunden täglich. Die Inspektion stellte nunmehr Strafantrag und hob dabei besonders hervor, daß die Vornahme von Laubsägearbeiten während so langer Dauer für den jugendlichen Organismus des entstehenden Staubes wegen als gesundheitsgefährlich angesehen werden müsse. Vom Schöffengericht ist der Betriebsleiter auf Grund des Kinderschutzgesetzes zu 20 Mk. Geldstrafe verurteilt worden. Das Gericht erkannte an, daß der Betrieb als Fabrik anzusehen sei. Es sah jedoch von einer Bestrafung auf Grund der Gewerbeordnung ab, weil der Betriebsleiter in dem Glauben (!) gehandelt habe, das Unternehmen werde nach der damaligen unsicheren Geschäftslage in kurzer Zeit wieder auf ein handwerksmäßiges zurückgehen. Der Fall zeigt, daß die Gerichte Verlegenheitsurteilen arbeiterschuttsfeindlicher Unternehmer recht milde beurteilen. — Im gleichen Bezirk mußte noch gegen 9 weitere Unternehmer wegen unzulässiger Schulkinderbeschäftigung vorgegangen werden. In einem dieser Fälle handelte es sich um die Anzeige gegen den Inhaber einer Holzwarenfabrik, in der ein 13-jähriger Schulknabe eine schwere Handverletzung erlitten hatte. Im gleichen Bezirk wurden auch Kinder beim Anfertigen von Bürteln betroffen, was nach § 4 des Kinderschutzgesetzes zu untersagen war. Ferner wurde im Bezirk Annaberg einem Holzdreher die Beschäftigung

zweiter seiner schulpflichtigen Kinder in seiner mit Kraft betrieb ausgerüsteten Drehwerkstatt unter Strafandrohung untersagt.

Im Bezirk Freiberg wurden in einer Anlage für Herstellung von Holzbrandmalereien, die als Werkstätte mit Motorbetrieb zu gelten hat, drei schulpflichtige Kinder angetroffen, die mit Anstreichen und Lackieren von Spielwaren beschäftigt waren. Auch der Gemeindevorstand dieses Ortes, in welchem die Anlage sich befindet, hatte geglaubt, dem an ihn gerichteten Gesuch um Ausstellung von Arbeitskarten für diese Kinder entsprechen zu dürfen. Endlich war in einer Holzbearbeitungswerkstätte ein Knabe regelmäßig stundenweise mit Aufräumen und Reinigen der Werkstätte und des Hofes beschäftigt worden, dem gleichfalls von dem Gemeindevorstand des Ortes eine Arbeitskarte ausgestellt worden war.

Wiederholt finden sich in den Berichten auch Mitteilungen über unzulässige Beschäftigung jugendlicher Arbeiter. So mußte der Aufsichtsbeamte für den Bezirk Chemnitz darauf hinwirken, daß Arbeiter unter 18 Jahren an Abrichtmaschinen und Kreissägen nicht beschäftigt werden. Im gleichen Bezirk mußte der Leiter einer Spielwarenfabrik wegen Beschäftigung jugendlicher Arbeiter über die gesetzlich zulässige Zeit, nachdem er gegen Ende des Vorjahres um Beachtung der gesetzlichen Bestimmungen ersucht worden war, im Berichtsjahr zur Anzeige gebracht werden, da die jugendlichen Arbeiter immer noch 11 Stunden täglich beschäftigt wurden. Die Inhaberin wurde zu 10 Mk., der Betriebsleiter zu 80 Mk. verurteilt.

Bereits im Jahre 1904 hatte der Aufsichtsbeamte für den Bezirk Chemnitz den Inhaber einer Anlage zur Herstellung von Holzspulen, Spindeln, Walzen und dergleichen zur Anzeige gebracht, weil er jugendliche Arbeiter 11 Stunden täglich beschäftigte. Der Unternehmer wurde vom Landgericht und auf eine von der Staatsanwaltschaft eingelegte Berufung hin auch vom Oberlandesgericht freigesprochen. Den Betrieb, in welchem 7 bis 8 Arbeiter tätig sind und mehrere durch Wasserkraft, ausfallsweise auch durch Dampfkraft betriebene Holzbearbeitungsmaschinen benutzt werden, sieht das Gericht als einen handwerksmäßigen an. Das Urteil ist insofern von Bedeutung, als in der Holzwarenindustrie des Bezirks mehrere Betriebe vorhanden sind, in denen die Verhältnisse ähnlich wie in dem in Frage kommenden liegen und die jungen Leute bisher nur 10 Stunden täglich beschäftigt wurden. In einem Falle ist von der Gewerbeaufsicht bereits festgestellt worden, daß die jugendlichen Arbeiter auf Grund der ergangenen Entscheidung wieder 11 Stunden täglich arbeiten.

Auch im Bezirk Leipzig war die Beschäftigung jugendlicher Arbeiter an gefährlichen Holzbearbeitungsmaschinen und an Schmirgel- und Polierscheiben verschiedentlich zu unterlagen. Ferner wurde mehrere Male die Heranziehung jugendlicher Arbeiter zu Aufräumungsarbeiten nach Bedingung der in den betreffenden Betrieben die Dauer von 10 Stunden noch nicht erreichenden täglichen Arbeitszeit abgestellt, weil dies mit den den zuständigen Polizeibehörden in Gemäßheit der Bestimmungen im § 138 Absatz 2 der Gewerbeordnung erstatteten Anzeigen nicht in Übereinstimmung stand.

Im Bezirk Annaberg wurde ein Holzwarenfabrikant wegen längerer Beschäftigung von zwei erwachsenen Arbeiterinnen Sonnabends nach 1/26 Uhr nachmittags angezeigt. Eine Bestrafung des Unternehmers konnte jedoch nicht erfolgen, da die Arbeiterinnen bei der gerichtlichen Verhandlung anders aussagten als bei der Vernehmung durch die Gewerbeinspektion. (Schluß folgt.)

Tuberkulose.

□ Die Schwindsucht, auch mit Recht Proletariertkrankheit genannt, fordert jahraus jahrein ihre Opfer. Man sieht mit zu, wie ganze Familien dieser tödlichen Krankheit zum Opfer fallen, der beste Kamerad von ihr befallen und durch den Tod uns von der Seite genommen wird. Machtlos steht ihr der Mensch gegenüber. Der Arzt zuckt die Achseln „Zu spät.“ „Hätte ich den Fall nur früher gehabt“ usw. Monatelang, ja jahrelang schleppt sich dann der arme Kranke noch herum, sich selbst, seiner Familie usw. zur Last, um, je mehr ein Zerfall seiner Kräfte eintritt, desto hoffnungsreicher zu werden, dem wieder tiefe Niedergeschlagenheit, starke Neizbarkeit usw. folgt.

Die Werbblätter der Vereine zur „Bekämpfung der Schwindsuchtsgefahr“ enthalten alle den Satz:

„Die Lungentuberkulose — im Anfangsstadium häufig Lungenapoplektarrh, im vorgerückten Stadium Lungen-schwindsucht genannt — ist die verderblichste unter allen Volkskrankheiten. In Deutschland sterben jährlich mehr als 100 000 Menschen an dieser Krankheit. Die Lungentuberkulose ist aber trotzdem eine heilbare Krankheit, wenn eine wirksame Behandlung frühzeitig eingeleitet wird.“

Die Lungentuberkulose ist eine durch Ansteckung mit einem besonderen Krankheitserreger, dem von Robert Koch entdeckten Tuberkelbazillus, verursachte, auf andere übertragbare Krankheit. Angeboren kommt sie sehr selten vor.“ Es wird uns dann ganz trocken weiter erklärt, daß der Tuberkelbazillus ein ganz „kleiner Pilz“ ist, der sich in dem erkrankten menschlichen Körper außerordentlich stark vermehrt und vor allem mit dem Auswurfe Lungenkranke in enormen Mengen nach außen gelangt. Wer nun mit lungenkranken Kollegen zusammenarbeitet, wird wissen, wie ekelregend oftmals der Arbeitsplatz aussieht. Der Fußboden ist „geplästert“ vom Auswurfe der armen Teufel, und doch erklärt jeder Arzt, daß die Ansteckung der

Tuberkulose in erster Linie „durch Einatmung von getrockneten Auswürfen Lungenkranker“ erfolge!

Deshalb enthalten alle Merkblätter den Satz: „Darum niemals auf den Fußboden spucken.“ — „Man Sorge für Spucknapfe mit feuchter Füllung und verlange deren Aufstellung da, wo sich solche nicht finden sollten“ (Werkstätten, Wirtschaften usw.). Um das Aufwirbeln von Staub zu vermeiden, müsse „der Fußboden stets feucht aufgewischt, nicht gekehrt werden“, „da Reinlichkeit bei der Bekämpfung der Tuberkulose das erste Erfordernis“ sei.

Gut gesagt! Auch die Unfallverhütungsvorschriften stehen bekanntlich auf dem Papier. Der Unternehmer macht trotzdem was er will, zählt schließlich auch einen Beitrag in die Kasse des Vereins zur Bekämpfung der Schwindsucht-gefahr!

In letzten Tagen lasen nun alle Spießer mit viel Behagen, daß die Schwindsuchtsziffer gesunken sei. Deshalb Heil den Vereinen, die unter fürstlichem Protektorate für die tatsächliche Bekämpfung der Tuberkulose gesorgt haben, für Errichtung von Lungenheilstätten usw. eintreten, sogar auf den Bahnhöfen die Sammelbüchsen anbringen lassen. Doch wer glaubt ohne weiteres die Zahlen? Eine Anzeigepflicht bei Tuberkulose besteht nicht, viele Todesursachen werden gar nicht richtig festgestellt oder mit anderen Namen belegt.

Aus dem neuesten Geschäftsbericht der großen Versicherungsanstalt der Rheinprovinz ersehen wir zum Beispiel, daß die Statistik derselben einen Unterschied zwischen „Lungenschwindsucht“ — „Krankheiten der Lunge“, „Krankheiten der Atmungswege“ usw. macht. In der Zusammenstellung der Ursachen der Invalidität seit 1900 heißt es:

1900 . . . 10 746 bewilligte Invalidenrenten
1904 . . . 13 698

Die Krankheiten der Lunge sind die am häufigsten eintretenden Ursachen der Invalidität, und zwar pro 1904 bei 13 698 Invalidenrenten:

	1904	1903	1900	
Dazu Lungenschwindsucht	2815 Fälle	17%	18 1/2%	20%
Zusammen	4996 Fälle	32%	34 1/2%	37%

Nach dieser Statistik hätte erfreulicherweise die Tuberkulose in den letzten 4 Jahren um 5 Prozent abgenommen!! Hoffentlich trägt die Statistik nicht! Doch ist es mit 32 Prozent Lungenkrankheit nicht abgetan! Die Statistik führt unter „Entkräftung und Blutarmut“ mit 19 Prozent aller Fälle, sowie Krankheiten der Atmungsorgane mit 4 Prozent sicher auch noch eine Menge Lungenkranker, so daß die wirkliche Ziffer nicht unter 40 Prozent kommen wird. Was soll nun nach der Ansicht unserer modernen Ärzte und Sozialpolitiker der Lungenkranker tun? Er soll sofort den Arzt aufsuchen, wenn er nur den leichtesten Katarrh verspürt, der schließlich chronisch werden könnte. Der Arzt wird dann Besuche anstellen, die Krankheit zu bannen, den Erkrankten schließlich einer Heilstätte überweisen lassen. Es soll nicht bestritten werden, daß in den letzten 10 Jahren in diesem Punkte ziemlich viel geschehen ist. Mehr als 70 Lungenheilstätten sind imstande, alljährlich 25 000 Kranke zu versorgen, und jedes Jahr werden neue Heilstätten noch eröffnet. Was geschieht nun mit diesen Lungenkranken in diesen Heilstätten, die nach und nach mit ganz anderen Augen beachtet werden? Ruhe, kräftige Kost und Abhärtung sind die Hauptpunkte der Kur, die meistens 12 bis 13 Wochen in Anspruch nimmt. Gar manche Kranke können jedoch die notwendige Kur nicht durchmachen, da die ewige Sorge um die arme Familie, die mit dem kargen Krankengeld, oft nur dem vierten Teile des entgangenen Arbeitslohnes, nicht auskommen kann, sie in ständige Unruhe versetzt. Bei anderen ist es wieder die Angst, die Arbeitsstelle zu verlieren, die meisten Kranken kommen jedoch gar nicht zur Kur, weil sie von dem Vertrauensarzt der Heilstätte oder der Versicherungsanstalt usw. nicht mehr als aufnahmefähig erachtet werden, die Krankheit schon zu weit vorgeschritten sei! Wer nun das Glück hat, „aufnahmefähig“ erklärt zu werden, setzt natürlich alle Hoffnung auf die Heilstättekur; freut sich der Ruhe, einer Gewichtszunahme von oft 15 bis 20 Pfund, um dann als arbeitsfähig entlassen zu werden.

Von den „Fleischtopfen“ der Heilstätten zum „häuslichen Herd“, auf dem leider so selten wirklich kräftige Speisen gekocht werden können, ist kein weiter Weg. Wie bald ist die Gewichtszunahme wieder verschwunden, bei harter Arbeit und schlechtem Essen der alte Zustand wieder da. Man sollte aus diesen Gründen den Wert dieser Kuren nicht gar zu sehr überschätzen! Unsere Heilstättenärzte kamen wohl zu dem Entschluß, die Pflöge in den letzten Wochen ihrer Kur mit leichten Arbeiten zu beschäftigen, um den Übergang von der Kur zur harten Tagesarbeit etwas zu mildern. Gut! Das können sie wohl, jedoch die Hauptsache nicht — den Entlassenen gute Kost usw. und entsprechend ihrem Zustand passende Arbeitsgelegenheit zu verschaffen! Wie schön hört sich der Rat von „Berufswechsel“ an, der so schwer durchzuführen ist. Alle Versuche sind mißlungen, den Entlassenen passende Arbeit zuzuweisen. Unsere Unternehmer nehmen keine Rücksicht auf den Zustand der „Arbeitswilligen“, die doch leben wollen und als schwache Kräfte mehr denn je auf guten Verdienst angewiesen sind, um die angeratene gute Ernährung, gesunde Wohnung usw. sich zu verschaffen. Auch der Staat nimmt keine Rücksicht auf die Kranken, sondern verteuert auch ihnen die notwendigen Lebensmittel, so daß dieselben bei ihrem kargen Verdienst noch mehr den Hungerriemen enger schnallen müssen!

Hungertarif und Heilstättenbewegung — wie paßt das gut zusammen!

Der oft so notwendige Berufswechsel, manchmal der beste Rat, den der Lungenkranke vom Arzt erhalten hatte, kann daher aus praktischen Gründen gar nicht durchgeführt werden. Der Tischler wird eben bei seinem „Hobel“ bleiben müssen, da er wo anders keine passende Arbeit und den notwendigen Verdienst für seine Familie finden kann. Wo der Berufswechsel trotzdem durchgeführt werden — konnte, beklagen die Ärzte wieder, daß die Kranken gar zu unvorsichtig gewesen, zum Beispiel Straßenkehrer bei ständiger Staubarbeit oder Austräger von Packwaren geworden seien, ihre Mitmenschen in ständige Gefahr bringen könnten.

Entsetzt wischt die reiche Madame mehrmals ihre Semmel ab, die vielleicht ein lungenkranker Mann ins Haus gebracht hatte, ohne aber zu bedenken, daß vielleicht mehrere Lungenkranker schon den Teig infiziert hatten! Werden und können in unserer heutigen Produktionsweise etwa die Vorschriften der Lungenheiler durchgeföhrt werden? Diese schreiben:

Die Ansteckung kann erfolgen:

Durch Einatmung feinsten Erbpföhen, wie sie beim unvorsichtigen Husten und auch Sprechen Lungenkranker in die Luft gelangen und dort lange Zeit sich erhalten können. Darum stets beim Husten die Hand vor den Mund halten! Niemals jemand anhusten! Nie sich anhusten lassen!

Durch Verunreinigung kleiner Wunden (Schrunden) mit tuberkelbazillenhaltigem Staube. Darum die Kinder nicht auf dem Fußboden spielen lassen in Räumen, in welchen Lungenkranker sich aufhalten! Wunden jeder Art reinigen und rein halten!

Die weiteren Ratschläge, kein Fleisch von tuberkulösen Tieren zu essen, sind bei den hohen Fleischpreisen ebenfalls hinfällig, wenn gar die Freibant die einzige Bezugsquelle für die Proletarierfamilien bilden muß!

Alle Tuberkulose-Merkblätter enthalten weiter den Satz:

„Was kann der einzelne sonst noch zu seinem Schutze gegen eine Erkrankung an Tuberkulose tun? Gegen eine Erkrankung an Tuberkulose ist auch der Gesündeste und Kräftigste nicht gefeit; aber der Ungesunde und Schwächliche wird natürlich leichter von dieser Krankheit befallen und ihr erliegen. Wer seinen Körper durch gesundheitsgemäße Lebensführung kräftig und widerstandsfähig sich erhält, schützt sich hierdurch auch gegen eine Erkrankung an Tuberkulose!“

Das ist gut gesagt. Merkwürdigerweise enthält aber kein Merkblatt nähere Aufklärung darüber, wie der Arbeiter von heute seinen Körper „kräftig und widerstandsfähig“ erhalten kann. Um dies zu ermöglichen, müßte er doch seine Bedürfnisse ganz gewaltig steigern, und das ist ja „staatsgefährlich“ — ja „kulturfeindlich“ in den Augen der humanen „Menschenfreunde“, welche die Wohltätigkeit als Sport betreiben!

Der Arbeiter muß sich deshalb vor der Tuberkulose selbst schützen, denn mit guten, billigen Ratschlägen allein ist es doch wahrlich nicht getan. Was die Merkblätter nicht mehr enthalten, muß er zu erstreben suchen! Verkürzung der Arbeitszeit, um recht bald aus der staubigen, schlechten Luft der Werkstätte zu kommen, dem Körper mehr Ruhe zu gönnen. Für helle, luftige Werkstätten einzutreten, deren Fußboden auch wirklich „feucht aufgewischt“ werden kann. Aber trotz verkürzter Arbeitszeit höherer Arbeitslohn, um auch gesundheitsgemäß leben zu können. Die Pflegekosten eines Heilstättetags betragen oft 3 bis 6 Mk. für Versicherte. Kann sich dies der gesunde Arbeiter leisten? Mit diesem Eate muß er gar oft noch eine ganze Familie mit ernähren — rhalten, d. S. ab viel, viel schlechter leben, trotz harter Tagesarbeit, als die Heilstättkepflöge während ihrer Kur. Aber gerade diese Ernährungsweise wäre das einzig Richtige, dem frommen Proletarier die Kräfte zu erhalten. Er muß deshalb streben, durch höheren Lohn den Vorschriften der Ärzte mehr nachzukommen, sich besser nähren, kleiden und auch wohnen zu können. Gesunde Wohnungen kosten Geld, und wird auch dieser Frage mehr Gewicht beigelegt werden müssen.

Wer sucht nun dem Arbeiter dies zu ermöglichen? Die „Heilstätten“ oder „Vereine zur Bekämpfung der Tuberkulose“? Nein. Diese haben nur „billige“ Ratschläge für Gesunde und Kranke, verschweigen aber die Hauptsache aus Rücksicht auf ihre Klasse. Es sind deshalb in erster Linie die verhassten Gewerkschaften, die mehr für die Gesundung der Menschen beigetragen haben, als alle Ratschläge edler Menschenfreunde. Jede halbe Stunde verkürzter Arbeitszeit, jede Marx Lohnerhöhung fördert die Volksgeundheit mehr, als alle frommen Wünsche der „mitleidigen“ — „Brotverteurer“, die trotzdem bei jeder Lohnbewegung der Arbeiter nach — der Polizei rufen!

Die Gewerkschaftsbewegung hat deshalb mit Erfolg den Kampf gegen den Würgengel Tuberkulose aufgenommen und wird ihn desto energischer und erfolgreicher durchföhren können, je mehr Mitstreiter sich ihr begeistert anschließen!

Soziales.

Die Fleischnot

wird nachgerade immer empfindlicher. In der letzten Zeit haben sich eine Reihe von Gemeindeverwaltungen in den verschiedensten Teilen des Reiches an die Regierung um Abhilfe gewandt, doch ist von einem Erfolg dieser Bemühungen bisher nichts bekannt geworden. Interessant ist dabei, daß die Angehörigen derselben Parteien, die durch ihr Verhalten im Reichstag die Not herausbeschworen haben, jetzt, wo es zu spät ist, in den Gemeindeverwaltungen auf Abhilfe sinnen. So hat der Zentrumsabgeordnete Trimborn

im Kölner Stadtparlament ganz energisch erklärt, daß gegen die Fleischnot etwas geschehen müsse, im Reichstag hat er aber für hohe Zölle und für die Spermaßregeln gestimmt, welche die Ursache des gegenwärtigen Notstandes sind. Ebenso wird von nationalliberaler Seite jetzt mit Eifer für die Öffnung der Grenzen agitiert, in Wiesbaden war es sogar ein konservativer Stadtverordneter, auf dessen Antrag die Stadtverordnetenversammlung einstimmig beschloß, an maßgebender Stelle für die Öffnung der Grenzen zum Zwecke der Vieheinfuhr vorstellig zu werden. Ähnliche Beschlüsse wurden von den Stadtverordnetenversammlungen beziehungsweise Magistraten in Kiel, Königsberg, Karlsruhe, Mannheim, Fürth, Stuttgart, Heilbronn, Zwickau und einer ganzen Reihe anderer Städte gefaßt, bis jetzt aber ohne sichtbaren Erfolg.

Es verlautet, daß die Lage des Fleischnotministers von Bobbielski gezöhlt seien; wenn er aber auch wirklich in die Blöcke geschickt werden sollte und an seine Stelle ein Mann träte, der nicht im Nebenamt Schweinezüchter und stiller Teilhaber einer Firma ist, die an den Lieferungen für das Reich Millionen verdient, so wäre damit noch nicht viel geholfen. Das Regierungssystem bleibt erhalten; es wird in Deutschland auch weiterhin nach dem Grundsatz regiert werden, daß sich alles den Interessen der Agrarier und allenfalls auch der Schlotjunger unterordnen muß, und daß das Volk hungern kann, wenn es nur den oberen Zehntausend gut geht. Wirksame Maßnahmen sind von der heutigen Regierung nicht zu erwarten. Dabei erinnert die „Ökologische Volkszeitung“ daran, daß man sich auf eine weitere Verschärfung der Not gefaßt machen muß. Das Blatt schreibt: „Die Höhe der Preise macht sich jetzt noch nicht einmal am schärfsten fühlbar; das wird erst dann eintreten, wenn der große Rückschlag in unserer Industrie eintritt, und leider sehen wir diesem näher, als man gemeinlich annimmt. Wenn nicht alle Anzeichen trügen, tritt dieser Rückschlag schon in der ersten Hälfte des Jahres 1907 ein; wir rasen im Automobiltempo diesem zu. Dann wird uns die allgemeine Teuerung erst recht fühlbar werden.“

Diese Prophezeiung dürfte nicht ganz unbegründet sein, statt auf die Beseitigung des Notstandes wird sich das deutsche Volk darauf gefaßt machen müssen, den Hungerriemen noch schärfer anzuziehen als seither schon. Nicht vergessen darf man aber, daß dem Zentrum, welches sich so gern als eine Vertreterin von Arbeiterinteressen aufspielt, die Hauptschuld an dem Notstand beizumessen ist. Das Zentrum hätte die Auszehrungspolitik verhindern können, statt dessen hat es sie aber aufs eifrigste gefördert, und die in seinem Banne stehenden christlichen Gewerkschaften haben ihm in diesem Streben Zuhälterdienste geleistet.

Angesichts der Erfolge der Zollpolitik beginnt jetzt auch den christlichen Gewerkschaften das Gewissen ein wenig zu schlagen. So hat das Organ des Christlichen Holzarbeiterverbandes sich kürzlich mit der herrschenden Teuerung beschäftigt und dabei kleinlaut zugegeben, daß der Zolltarif für die Masse des Volkes nicht von Vorteil sei. Bei der Besprechung der Mittel zur Abhilfe der Fleischnot schreibt das Blatt, daß sich die Arbeiterschaft eine Linderung der Fleischnot durch eine Öffnung der dänischen und holländischen Grenze für die Vieheinfuhr sowie durch die Beseitigung oder Herabsetzung des Mehrzölles für das Vieh verspricht. Dann fährt es fort: „Außerdem bleibt zu berücksichtigen, daß wir einen Schutzoll haben, der dann das Recht auf die Existenz verliert, wenn er denjenigen, für die er geschaffen, nichts nützt, der Masse des Volkes aber schadet.“

Endlich haben also auch die Führer des Christlichen Holzarbeiterverbandes erkannt, daß die Zölle auf die notwendigen Nahrungsmittel der Masse des Volkes schaden und deshalb beseitigt werden müssen. Diese Erkenntnis kommt rechtlich spät. Als es an der Zeit war, gegen den geplanten Raubzug auf die Taschen des Volkes mobil zu machen, da hat sich die Zeitung des Christlichen Holzarbeiterverbandes redlich Mühe gegeben, abzuwehren, damit die große Aktion des Zentrums zur Füllung der Taschen der Junger nicht gestört werde. Jetzt sehen diese „Gewerkschaftsführer“ endlich ein, was für einen kapitalen Boß sie damals geschossen haben. Die gleiche phänomenale Geschicklichkeit legen diese Herren übrigens auch bei vielen anderen, die Interessen der Arbeiter berührenden Gelegenheiten an den Tag, und deshalb sind die Kollegen zu bedauern, die sich einer solchen Führung anvertrauen.

Vom Wohlfahrtschwindel. In der vorigen Nummer haben wir eine Äußerung der „Allgemeinen evangelisch-lutherischen Kirchenzeitung“ wiedergegeben, welche die Bedeutung der neuerlichen „Wohltätigkeitsstiftung“ der Firma Krupp in Essen auf ihren wahren Wert zurückführt. Man leant die Wohltätigkeit der Millionenfirma aber erst richtig schätzen, wenn man die nachfolgende Charakteristik daneben hält, die ein christlicher Arbeitersekretär von der Wohltätigkeitsfirma gibt. Derselbe führte in einer Versammlung aus: „Die Krupp'schen Arbeiter haben schon seit langen Jahren für die Nachtlicht eine zehnprozentige Lohnerhöhung gefordert. Den in der Zunderfabrik beschäftigten Arbeitern ist diese Lohnerhöhung vor einigen Jahren denn auch zugesprochen worden. Während nun am Hochzeitstag des Herrn Krupp v. Bohlen und Halbach bekannt gemacht wurde, daß die Arbeiter ein Geschenk von 10 bzw. 5 Mk. erhalten sollten, wurde den Arbeitern der Zunderfabrik die Mitteilung, daß die zehn Prozent für die Nachtarbeit in Zukunft wieder in Wegfall kommen. Das macht für jede Schicht 60 Pf. und aus dem Jahr für jeden Arbeiter der Zunderfabrik 180 Mk.! Das war das Hochzeitsgeschenk, das die Arbeiter der Zunderfabrik von der Firma Krupp erhalten haben. Das ist die berühmte Wohlfahrt

der Firma Krupp! Von den Millionenstiftungen konnte man in den kleinsten Käseblättchen lesen, aber von diesen Lohnabzügen hat auch nicht eine einzige Zeitung etwas gebracht."

Die Firma Krupp hat bekanntlich eine Million für den Invalidenfonds und eine weitere Million für den Bau von Arbeiterwohnungen gestiftet. Das sind zwei Millionen, mit welchen zwar in der Öffentlichkeit geprunkt wird, die aber den Arbeitern nicht den geringsten Vorteil bringen. Die Leistungen aus dem Invalidenfonds werden nämlich reichlich aus den Beiträgen gedeckt, welche alle Arbeiter, auch diejenigen, die niemals Aussicht haben, etwas aus dem Fonds zu erhalten, zahlen müssen, und der Bau von Arbeiterhäusern nützt nur der Firma, die dadurch die Arbeiter in größere Abhängigkeit bringt. So problematisch der Wert der den Arbeitern angeblich gemachten Zuzahlungen ist, so fühlbar erweisen sich die zu gleicher Zeit gemachten Lohnabzüge. Der ganze Fall ist typisch für den Schwindel, der mit der angeblichen Wohltätigkeit der Unternehmer getrieben wird.

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachungen des Vorstandes.

Den nachfolgenden Zahlstellen wird hierdurch antragsgemäß die Genehmigung zur Erhebung eines Lokalbeitrags erteilt, und zwar ab 1. November: Adolfszell und Berst je 5 Pf. pro Woche, Straubing 10 Pf. pro Monat.

Der Versand des Almanach für das Jahr 1907 hat in dieser Woche begonnen. Bis alle bestellten Sendungen expediert sind, vergehen jedoch mehrere Wochen, was wir zu beachten bitten. Der Preis des Almanach beträgt wie bisher für die Verbandsmittglieder 50 Pf. pro Exemplar. Die Mitglieder in den Zahlstellen müssen ihre Bestellungen baldigst bei den Lokalverwaltungen aufgeben. Einzelmitglieder beziehen den Almanach gegen Voreinsendung von 60 Pf. (inklusive Porto) von der Hauptkassa in Stuttgart. Für Nichtmitglieder beträgt der Preis (nur durch den Buchhandel) 1 Mk. pro Exemplar.

Diejenigen Zahlstellenverwaltungen, welche mit ihren Bestellungen noch im Rückstand sind, wollen dieselben nunmehr umgehend nachholen, damit der Versand ohne Unterbrechung erfolgen kann.

Der Verband der Vergolder in Dänemark (Forgylderforbundet i Danmark) hat ab 1. November d. J. mit unserem Verband einen Kartellvertrag abgeschlossen, welcher den gegenseitigen Übertritt der Mitglieder und deren Unterstützung auf der Reise in gleicher Weise regelt, als dies durch die früher mit anderen ausländischen Verbänden bereits abgeschlossenen Gegenseitigkeitsverträge geschehen ist. Gegenwärtig bestehen solche Verträge mit folgenden Verbänden:

1. Verband der Holzarbeiter Österreichs.
2. Verband der Ungarländischen Holzarbeiter (Magyarországi Famunkások Szövetsége).
3. Schweizerischer Holzarbeiterverband.
4. Verband der Tischler in Dänemark (Snedkerforbundet i Danmark).
5. Verband der Vergolder in Dänemark (Forgylderforbundet i Danmark).

Die Mitglieder dieser fünf ausländischen Bruderverbände erhalten, sofern sie mindestens 52 Beiträge entrichtet haben, auf der Reise in Deutschland eine Reiseunterstützung von 2 Pf. pro Kilometer, jedoch nicht mehr als 1 Mk. pro Tag und höchstens 80 Mk. innerhalb zwölf Monaten, wobei die im Ausland bezogene Unterstützung mit eingerechnet wird. Bei dieser Aufrechnung wird 1 Krone (Dänemark), Österreich, Ungarn) und 1 Franc (Schweiz) gleich 1 Mark gerechnet. Zum Unterchied von den Mitgliedern unseres Verbandes ist den ausländischen Mitgliedern stets eine weiße Reisefreilegation auszustellen. Beim Übertritt solcher Mitglieder in den Deutschen Holzarbeiterverband erhalten dieselben ein deutsches Mitgliedsbuch, während das ausländische zur Aufbewahrung an die Hauptkassa einzusenden ist. Mitglieder anderer ausländischer Verbände als der obgenannten haben auf eine Unterstützung in Deutschland keinen Anspruch.

Bezüglich der gegenwärtig im ganzen Verband stattfindenden statistischen Erhebungen über die Arbeitszeit und Lohnhöhe erinnern wir die Werkstattvertrauensmänner daran, daß spätestens am 10. November der letzte ausgefüllte Fragebogen an die Lokalverwaltung zurückgeliefert sein soll.

Die Lokalverwaltung hat jeden eingelieferten Bogen auf seine korrekte Ausfüllung zu kontrollieren. Ergeben sich hierbei offensichtliche Fehler oder Lücken in der Beantwortung, so sind dieselben durch sofortige Nachfragen zu ergänzen.

Alsdann sind sämtliche ausgefüllten Fragebogen zur Bearbeitung an uns einzusenden. Die Einsendung hat in der Woche vom 12. bis 17. November zu geschehen. Am 19. November wird mit der Bearbeitung der eingesandten Fragebogen bei uns begonnen, weshalb wir alle Lokalverwaltungen dringend ersuchen, die für die Rücksendung festgesetzte Frist nicht zu überschreiten.

Für die Rücksendung der ausgefüllten Fragebogen machen wir die Lokalverwaltungen darauf aufmerksam, daß dieselben als „Geschäftspapiere“ versandt werden können. Das Porto beträgt so bis 250 Gramm 10 Pf., bis 500 Gramm 20 Pf., und bis ein Kilogramm 30 Pf. Die Sendungen dürfen jedoch weitere schriftliche Mitteilungen nicht enthalten, sie müssen unter Kreuzband oder in offenem Umschlag verpackt sein und die Aufschrift „Geschäftspapiere“

tragen. Das zulässige Meistgewicht beträgt ein Kilogramm; darüber hinausgehende Sendungen gehen als Paket.

Nachstehende Mitgliedsbücher sind als verloren gemeldet und werden hiermit für ungültig erklärt:
44086 Robert Ullmann, Tischler, geb. 8. 7. 77 zu Soppen.
44149 Gustav Stiller, Tischler, geb. 28. 7. 75 zu Michelsdorf.
59765 Gottlieb Baumann, Tischler, geb. 12. 10. 88 zu Basel.
195380 Paul Opitz, Tischler, geb. 17. 12. 68 zu Dresden.
210067 Philipp Kraus, Tischler, geb. 19. 8. 88 zu Zell a. G.
213747 August Heinze, Stellmacher, geb. 14. 2. 68 zu Syrau.
330590 August Waschhausen, Tischler, geb. 5. 6. 84 zu Gmünd.
339475 Louis Mertens, Tischler, geb. 23. 3. 85 zu Wiesenau.
Stuttgart, Adlerstraße 43. Der Vorstandsvorstand.

Zum Verbandstagsprotokoll.

Die Zahlstelle Nürnberg macht mich darauf aufmerksam, daß sie nicht schon nach „vier Wochen“, wie ich auf dem Verbandstag im Gölz gemeint, die Wiederaufnahme eines Arbeitswilligen beantragt habe. Durch diese Zuschrift veranlaßt, habe ich die Akten eingesehen und gefunden, daß allerdings ein Verstum vorliegt, der jedoch nicht nur zur Last gelegt werden kann. In dem Schreiben aus Nürnberg, worin die Wiederaufnahme beantragt war, heißt es nämlich, daß der Ausschluß „im 2. Quartal 1906“ erfolgt sei. Auf dieses Schreiben hatte ich mich in Gölz geflüchtet, während die Akten ergeben, daß der Ausschluß tatsächlich schon im Jahre 1904 erfolgte. Im übrigen habe ich mit meiner Bemerkung keineswegs die Zahlstelle Nürnberg besonders treffen, sondern nur im allgemeinen betonen wollen, daß es Pflicht der Zahlstellen ist, nur solche Ausschlußanträge an den Vorstand gelangen zu lassen, bei denen keine Rede davon sein kann, daß die Ausschlußentscheidung schon ganz kurzer Frist mit offenen Armen wieder aufgenommen werden könnten. Beispiele dafür, wie sehr diese Mahnung berechtigt war, wären aus den Akten des Vorstandes zahlreich anzuführen. G. Becker.

Korrespondenzen.

Brandenburg a. S. Die Firma Adolf Schmidt, Brandenburg Langrohrmöbelfabrik sucht nahezu ständig in der in Apolda erscheinenden „Korbmacher-Zeitung“ tüchtige Gestellarbeiter bei dauernder Arbeit, des Bfteren auch mit dem Zusatz „bei einem Lohn von 28 bis 32 Mk. pro Woche“, ohne Rücksicht darauf, ob wirklich ein Bedarf an Arbeitskräften vorhanden ist. Nichtkenner der örtlichen Verhältnisse werden ohne weiteres zu dem Schluß kommen, die Firma leide ständig Mangel an Arbeitskräften; dem ist nicht so. Fremde Kollegen, welche auf die verlockenden Inserate nach Brandenburg kommen, haben sehr oft arge Enttäuschungen erleben müssen, weshalb sie es auch bald vorzogen, dem Betrieb freiwillig den Rücken zu kehren. Bemerkten wollen wir, daß es nur den tüchtigsten und eingearbeitetsten Kollegen in seltenen Fällen möglich ist, den angegebenen Lohn zu verdienen, auch Löhne von 18 bis 15 Mk. sind keine Seltenheit; als Durchschnittsverdienst wäre vielleicht 18 Mk. zu betrachten. Des Bfteren beliebt es auch der Firma, mit beschränkter Arbeitszeit arbeiten zu lassen, auch ist es eine beliebte Praxis der Firma, die Kollegen bei jeder passenden oder nicht passenden Gelegenheit wieder abzuschleichen. Zurzeit läßt die Firma auch wieder mit beschränkter Arbeitszeit arbeiten, angeblich wegen Arbeitsmangel, doch erscheint letzteres den Kollegen nicht recht glaubwürdig. Es wird vielmehr diese Maßnahme, sowie das ganze Verhalten der Firma als eine Schikanierung von Seiten der Kollegen aufgefaßt. Arbeitet doch die Firma mit den vornehmlichsten Mitteln, um ausfindig zu machen, wer in der Fabrik den Posten einer Vertrauensperson bekleidet. Vor kurzer Zeit ließ die Firma einen der jugendlichen Arbeiter ins Kontor rufen; dort wurde ihm gesagt, er solle sich im Holzarbeiterverband als Mitglied aufnehmen lassen, die Firma würde den Beitrag für ihn zahlen. Die Firma wolle über Beschlüsse, welche in der Werkstattungen gefaßt würden, nicht mehr informiert. Die Firma bemerke noch ausdrücklich, sie hätte das schon früher gemacht und wäre dadurch über die Beschlüsse der Werkstattungen stets informiert gewesen. Nun hat ja erfreulicherweise der jugendliche Arbeiter dieses Antrages abgelehnt, der Firma bleibt es überlassen, nun eine andere Person ausfindig zu machen, welche die Rolle eines Denunzianten zu übernehmen gewillt ist. Öffentlich findet sich keiner der dort Beschäftigten, welcher gewillt ist, für einen Judaskohn Verräter an seinen Mitarbeitern zu werden, und sei es auch nur in Form von Beiträgen, welche Mitglieder an ihre Organisation zu zahlen haben. Leider haben sich die bei der Firma beschäftigten Kollegen ins Bockshorn jagen lassen, indem sie die Maßnahmen der Firma nicht genügend pariert haben. Es macht sich bei den Kollegen eine Angstlichkeit bemerkbar, wie sie eigentlich von organisierten Kollegen nicht sollte erwartet werden. Obwohl dort alle Kollegen organisiert sind, war es in der letzten Werkstattung nicht möglich, einen Werkstattvertrauensmann zu finden. Die Kollegen begründeten ihre Ablehnung damit, sobald die Firma in Erfahrung bringt, wer den Posten eines Vertrauensmannes übernommen habe, werde er nach allen Regeln der Kunst von Seiten der Firma schikaniert. Deshalb ziehen es die Kollegen vor, wenn sie den Posten annehmen, nach kurzer Zeit freiwillig dem Betrieb den Rücken zu kehren, oder aber den Posten erst gar nicht anzunehmen. Die auswärtigen Kollegen der Gestellbranche, welche gewillt sind, auf die verlockenden Inserate nach Brandenburg zu kommen, ersuchen wir dringend, sich vorher über bestehende Verhältnisse am Orte zu erkundigen. Den bei der Firma Beschäftigten aber rufen wir zu: zeigt, daß ihr den Wert der Organisation begriffen habt und schüttelt die allzu große Angstlichkeit ab, denn solche ist eines organisierten Kollegen unwürdig. Zu gegebener Zeit werden auch die dort beschäftigten Kollegen mit der Firma ein ernstes Wort reden, wenn aufgehoben ist nicht aufgehoben.

Emmerich. (Bürstenmacher.) Am 29. Juli wurde auch hier eine Zahlstelle des Deutschen Holzarbeiterverbandes ins Leben gerufen. Trotz Lokalabtreiberi sowie einer starken Gegenagitation der Christlichen hatte unsere Zahlstelle hier doch festen Fuß gefaßt. Am 28. Oktober war der Gauvorsteher Aug. Hartung, Düsseldorf hier anwesend. Er gab

seiner Bewunderung Ausdruck, daß gerade hier am Orte, wo die denkbar niedrigsten Löhne bezahlt werden, die Kollegen so wenig organisatorisches Interesse zeigten. Im Gau Düsseldorf stehe unser Ort auf dem niedrigsten Lohnsah; darum sei es Pflicht eines jeden Kollegen, für unseren Verband zu agitieren. Kollegen, beherzigt die Worte des Gauvorstehers, dann werden auch hier bessere Verhältnisse eintreten. — Es kommen hier mit Eherenberg (Holland) drei Bürstenfabriken in Betracht mit circa 250 Kollegen. — Die Bürstenfabrik in Holland ist eine Filiale der Firma Heiming & Schulte in Emmerich, wo ausschließlich Holländer arbeiten. Die Organisation ist dort noch schwach vertreten. Die Löhne spotten jeder Beschreibung. Es wird für Neuen 0,70 bis 1,10 Mk., in Emmerich bis 1,30 Mk. pro 1000 bezahlt, für Einzylinder 40 bis 60 Pf. pro 1000 Loh. Die Maschinensarbeiter erhalten an Lohn pro Tag 2,50 bis 2,70 Mk., einigen Kollegen werden auch 3 und 4 Mk. pro Tag bezahlt. Bei der Firma Ficker, wo die Bürstenmacher bis auf einen dem Verband angehören, haben die Einzylinder durch geschlossenes Vorgehen am 22. Oktober eine 16 prozentige, ja bei einigen Sorten sogar eine 33 prozentige Lohnerhöhung erzielt, das ist ein Mehrlohn von 2,50 Mk. pro Woche. Kollegen, vor gut einem halben Jahre konnten die Einzylinder bei der genannten Firma nichts erreichen, aber jetzt, wo dieselben dem Verband angehören, jetzt fühlte die Firma sich genötigt, die Löhne aufzubessern. Ihr seht also, was der Deutsche Holzarbeiterverband für ein Machtfaktor ist. Darum, ihr fernstehenden Kollegen, tretet ein in unseren Verband, und laßt euch nicht durch falsche Angaben irren machen, denn nur durch den Deutschen Holzarbeiterverband allein könnt ihr eure Lage verbessern. Aus Sympathie beschlossen die Kollegen eine Sammelliste für die Schönheider Kollegen unter den Bürstenmachern zirkulieren zu lassen und den entfallenden Betrag an dieselben zu überweisen. — Der Bevollmächtigte der Zahlstelle Emmerich ist Andr. Bommerin, Baustr. 80.

Adwigsburg. Am 2. November sprach Kollege Raub-Stuttgart in einer sehr gut besuchten Versammlung der Orgelbauarbeiter über die Notwendigkeit und die Aufgaben der Organisation. Es ist erfreulich, daß die Kollegen, die noch vor einem Jahre die Notwendigkeit der Organisation leugneten, sich mittlerweile dem Verband angeschlossen haben. Galten die Kollegen auch weiter an der Organisation fest, und besuchen sie besonders regelmäßig die Versammlungen, so werden wir bald in der Lage sein, hier einen entscheidenden Schritt zur Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu unternehmen. Es ist selbstverständlich, daß die Kollegen nicht eigenmächtig, sondern nur unter Zustimmung der Verbandsleitung am Orte vorgehen dürfen. Die Kollegen dürfen überzeugt sein, daß die Lokalverwaltung getan hat, was in ihren Kräften stand und auch weiter tätig sein wird, um die Interessen der Gesamtkollegenchaft zu fördern. Das ist aber nur möglich, wenn alle Kollegen einig und fleißig im Verband mitarbeiten.

Muskau. Den reisenden Kollegen zur Nachricht, daß wir hier einen Arbeitsnachweis im Restaurant von F. Worepfsche errichtet haben, und muß sich jeder Kollege erst dorthin wenden, ehe er Arbeit annimmt. Weiter sei hierdurch an die Muskauer Kollegen das Ersuchen gerichtet, etwas besser die Mitgliederversammlungen zu besuchen, namentlich gilt dies für die Kollegen in Keula. — Weiter sei den auswärtigen Kollegen mitgeteilt, daß jetzt hier in der Residenz des Grafen Arnim auch ein christlicher Kollege namens Dunkel aus Berlin seinen Sitz als Vertreter und Angestellter des Vereins Königsstreuer sozialdemokratischer Arbeiter aufgeschlagen hat. Wahrscheinlich auf Verreiben des Reichsverbandes hierher gesetzt, schimpft Dunkel in Versammlungen, die streng geheimgehalten werden, was das Zeug hält auf Sozialdemokratie und freie Gewerkschaften. Bei 20 Pf. Monatsbeitrag haben sich die Schäflein des Reichsverbandes entschlossen, den freien Gewerkschaften Konkurrenz zu machen. Trotz ihrer Königsstreue fürchten sie sich aber so vor der Öffentlichkeit, daß nur Personen, die mit Einladung versehen sind, bei ihnen Zutritt erhalten. Ein Kollege, der auf dringliche Art doch einmal in ihre Versammlung hineinkam und dort den Namen des Trainers ihres Verhaltens klarlegte, entbehrte dann auch durch die Behalte, daß Dunkel Holzarbeiter war. Mitglieder haben sie in dieser Versammlung keine gewonnen, denn eisiges Schweigen folgte der Aufforderung zur Unterschrift. Immerhin werden wir auch hier auf dem Posten sein.

Nürnberg. (Modellschreiner.) Unsere Sektion hat seit 15. Oktober einen Arbeitsnachweis eingerichtet; derselbe befindet sich Untere Kreuzgasse im Verbandsbureau. Alle Zahlstellen und reisende Kollegen werden ersucht, davon Notiz zu nehmen, da das Umschauen strengstens verboten ist. Kollegen, die die Einrichtung und die Beschlüsse umgehen, haben die Konsequenzen zu tragen, da keiner Arbeit annehmen kann ohne Kontrollkarte. Im übrigen werden die reisenden Kollegen vorerst ersucht, Nürnberg zu meiden, da in den zwei großen Fabriken Schuckert und Meit Differenzen bestehen. Es soll nämlich dort jetzt unbedingt der Accord eingeführt werden, den die Kollegen schon seit drei Jahren ablehnten. Wir werden darauf nächstens näher zurückkommen.

Oberstein. Bei dem hiesigen Schreinermeister Eisen-schneider besteht die Mode, daß die Gesellen, denen er Kost und Logis gewährt, Sonntags nichts zu essen bekommen, es sei denn, daß sie den Meister oder seine gnädige Frau höflich darum ersuchen. Ein Kollege, dem dieser Zustand nicht gefiel, hörte auf und trat bei einem anderen Meister in Arbeit. Dieser teilte dem Kollegen bei der ersten Lohnzahlung mit, daß er ihn eigentlich entlassen sollte, da ihm Meister Eisen-schneider gesagt hätte, die Entlassung sei erfolgt, weil unser Kollege eine sozialdemokratische Zeitung halte. In Wirklichkeit hatte aber Herr Eisen-schneider den Kollegen nur ungern gehen lassen und ihn bei dem anderen Meister lediglich denunziert, um sich zu rächen. Dieses Verhalten ist bezeichnend für den Charakter des Herrn Eisen-schneider und wird hoffentlich dazu beitragen, daß recht viele Arbeiter seine Verhältnisse aufsuchen. Platz ist dort aus erklärlichen Gründen immer vorhanden.

Adolfszell. Die Situation am hiesigen Platz hat sich in letzter Zeit wesentlich geändert. Hatten wir im Sommer fast keine Arbeitskräfte am Platz, so sind jetzt die Arbeitsstellen ziemlich besetzt. Die Mehrzahl der Kollegen sind im Deutschen Holzarbeiterverband organisiert, auch gelingt es uns meistens, die zugereisten Indifferenten für uns zu ge-

minnen. Die Lohnverhältnisse lassen viel zu wünschen übrig. Der Durchschnittslohn mag 88 Pf. betragen, wir haben aber auch noch Kollegen, die nur 82 Pf. erhalten. Die Behandlung könnte manchmal eine bessere sein. Christlich organisierte Kollegen haben wir drei am Platze, wovon zwei in der Glaserverwerkstätte von Lindner arbeiten, die schon eine geraume Zeit von der Zahlstelle Singen für Glaser gesperrt ist. Es arbeitet noch ein in unserem Verband organisierter Kollege dort, der aber bis jetzt die Anfertigung von Fenstern verweigert, dagegen machen die beiden christlichen Kollegen auch Fenster, wofür sie allerdings auch besser bezahlt werden. Somit ist das Herausreißen immer noch eine lohnende Beschäftigung. Im weiteren sollen auch noch zwei Glaser, von denen der eine ebenfalls christlich organisiert ist, dort arbeiten. Einer Einladung zu einer Besprechung seitens der Glaser wurde keine Folge geleistet. Sämtliche Kollegen sind von der Sperrung dieser Werkstätte unterrichtet, in welcher ein Tarif, wie er in den anderen Glaserverwerkstätten vorhanden ist, fehlt.

Sperrung. Anstatt in die Versammlungen zu kommen, um ihre wirtschaftliche Lage wenigstens etwas zu bessern, sucht ein großer Teil der hiesigen Kollegen seinen Trost beim Alkohol. Waren doch von 90 Kollegen nur 22 in der Versammlung, doch herrschte unter diesen wenigstens ein guter Geist. Besondere Beachtung wurde den Verhältnissen in der Kiefern Werkstätte. Trotz der hohen Anforderungen, die in diesem Betrieb an die Kollegen gestellt werden, wird ein Lohn von 80 bis 82 Pf. gezahlt, zum Teil auch noch darunter. Wer einen höheren Lohn verdienen will, muß schon etwas ganz Hervorragendes leisten. Hiesige Kollegen werden einfach nicht eingestellt. Die Schuld an diesen Zuständen tragen die Kollegen selber, denn in die Versammlungen zu kommen fällt den meisten gar nicht ein. Kollegen, das muß anders werden. Die Zeit ist günstig, die Firma ist gehörig im Druck. Wollen die Kollegen etwa warten, bis die günstige Zeit vorüber ist und der größte Teil der Kollegen wieder auf die Straße fliegt, so werden wir nimmer unsere Lage verbessern. Darum, Kollegen, erwacht, erscheint zahlreich in den Versammlungen. Laßt die Verwaltung und Vertrauensleute nicht allein arbeiten, tue ein jeder seine Pflicht, so wird auch der Erfolg unser sein.

Unsere Lohnbewegung.

Warnung vor Zuzug!

(Alle Mitteilungen über Differenzen, welche zur Sperrung eines Ortes oder einzelner Betriebe für Verbandsmitglieder Anlaß geben, sind an den Vorstand zu adressieren. Sie müssen hinreichend begründet und von der Zahlstellenverwaltung durch Unterschrift und Stempel beglaubigt sein.)

Zuzug ist fernzuhalten von:

Tischlern, Maschinen- und Hilfsarbeitern nach Berlin (Ohmann), Bernburg (Oppenheim), Braunschweig, Danzig, Eberstadt bei Darmstadt, Frankfurt am Main, Mühlenbauanstalt Simon, Wähler & Baumann), Halberstadt, Höchst am Main, Rattowitz (Grünfeld), Rixingen (Stegler), Leutkirch (Manal), Lübeck, Magdeburg (Mundlos & Co.), Nordseebad Juist, Radeberg (Gschobach), Schlüchtern, Weinheim (Schaab), Zürich;

Tischlern und Klavierarbeitern nach Berlin (Bell & Cie.), Viegny (Spinnagel), Schwerin (Hospianofortefabrik Gebr. Perzina), Stuttgart;

Tischlern, Drechslern, Polierern, Maschinen- und Hilfsarbeitern nach Lauterbach, Leipzig (Polophonwerke), Lübeck, Pyrmont;

Stuhl- und Sofaarbeitern, Tischlern, Polierern, Drechslern, Bildhauern, Maschinen- und Hilfsarbeitern nach Blomberg, Geringswalde, Gartha, Reiznig, Schweifershain, Waldheim;

Parquetbodenlegern nach Lübeck;

Drechslern nach Berlin (Walter, Sklanie, Pantisch);

Hartgummidrechslern nach Berlin, Ebn-Wilhelm;

Kammachern nach Berlin, Kreuznach (Arheld & Levita, Gebr. Scheben), Michelstadt i. Odenwald;

Wirstenmachern nach Berlin (Zinningsnachweis), Schönheide, Zwischau (Leichsenring);

Pantinenmachern nach Wittstock;

Knopfmachern und Perlmuttarbeitern nach Berlin;

Modellmachern nach Dortmund (Reis);

Harmonikamachern nach Altenburg (S.-A.);

Berggoldern nach Lauterbach, Budapest.

In Altenburg ist die Lohnbewegung der Harmonikarbeiter nach ein- bzw. dreiwöchigem Streik erfolgreich beendet. Erreicht wurde die 57stündige Arbeitszeit, 8 Pf. Lohnzuschlag für Arbeiter und 2 Pf. für Arbeiterinnen pro Stunde; für Überzeitarbeit wird ein Zuschlag von 25 Prozent gezahlt. Die von uns eingereichten Tarife für Tischler und Polierer wurden mit wenig Abstrichen anerkannt. An der Bewegung beteiligt waren 146 Arbeiter und 40 Arbeiterinnen, von denen 121 in den Streik traten. Zieht man in Betracht, daß nach der Statistik vom Jahre 1902 der Durchschnittslohn der Harmonikarbeiter bei 80stündiger Arbeitszeit nur 16,28 Mk. betrug und heute bei 57 Stunden auf 21 Mk. steht, so ist wohl der Fortschritt in die Augen springend. Das mag aber die Kollegen der übrigen Orte, wo diese Industrie noch vorhanden ist, die Kollegen von Gera, Leipzig und namentlich Klingenthal, wo teilweise noch geradezu erbärmliche Verhältnisse bestehen, anspornen, den Altenburger Kollegen es gleich zu tun. Diese haben den Beweis erbracht, daß unsere Organisation auch die traurigsten Verhältnisse zu beseitigen in der Lage ist, und wenn die Kollegen der in Frage kommenden Orte daraus die Lehre ziehen und den Weg zum Verband finden, würden bald bessere Verhältnisse Platz greifen. Man muß in Betracht ziehen, daß diese Industrie in der Hauptsache Exportindustrie ist und daß ausländische Konkurrenz fast gar nicht in Frage kommt; es wäre also ein Leichtes, die traurige Lage der Harmonikarbeiter zu beseitigen, wenn — die Arbeiter nur wollten. Aber es wird nur eine Frage der Zeit noch sein, daß auch in dem vogeländischen Musikbezirk unser Verband Boden findet und die Arbeiter aus ihrer Verhargte aufrüttelt, ihnen zum Bewußtsein bringt, daß sie Menschen sind und als solche auch Anspruch auf ein menschenwürdiges Dasein haben.

In Berlin befinden sich nach wie vor die Kammacher und Perlmuttarbeiter im Streik. Über diesen Streik bringt die „Deutsche Arbeiterzeitung“, das Organ der Metallindustriellen, folgenden Bericht:

Während dem Gros der Berliner Holzindustrie infolge der Tarifkündigung erst für das Jahr 1907 eine große Lohnbewegung bevorsteht, hat es der Holzarbeiterverband für gut befunden, in einigen kleineren Branchen durch Vorpostengefächte schon jetzt die Lage zu sondieren. Die Haarschmuckarbeiter und Knopfmacher, die im Holzarbeiterverband organisiert sind, befinden sich im Ausstand. Der Streik der ersteren ist für die Arbeitgeber, die sich zu einem Verband zusammengeschlossen haben, vollkommen illusorisch, da sich genug Arbeitswillige gefunden haben, so daß fast alle Stellen besetzt sind und die Sperre von seiten des Verbandes nur noch pro forma aufrecht erhalten wird. Auch der Ausstand der Knopfmacher ist so gut wie aussichtslos. Die Fabrikanten können mit Rücksicht auf die auswärtige Konkurrenz unbedingt nicht noch höhere Löhne zahlen. Verdienten doch bisher die Perlmuttarbeiter und Holzknopfmacher im Durchschnitt wöchentlich 45 bis 50 Mk. Solchen Zahlen gegenüber wird es sogar der „Vorwärts“ nicht wagen, von Hungerlöhnen zu reden.

In Wirklichkeit haben wir im Perlmuttarbeiterstreik mit 7 Streikbrechern zu rechnen, von denen Regler 5, Lebach 1 und Klar & Schulz 1 hat. Die Angaben über den Verdienst sind damit widerlegt, daß die Arbeiter einen Mindestlohn von 27 Mk. fordern. Im Streik befinden sich 54, in den Werkstätten Abramowitz, Lebach, Grünat, Regler und Klar & Schulz. Die Zahl der Streikenden hat durch Abreise und Übernahme anderer Arbeit um 4 abgenommen. Für die Werkstätte Levi ist der Streik erledigt, da der Betrieb aufgegeben worden ist.

Die Firma Münch in Strausberg, die für den Berliner Markt liefert, hat eine Herabsetzung der Arbeitszeit von 59 auf 54 Stunden und eine Lohnherabsetzung von 10 bis 15 Prozent zugestanden. Früher, als sich diese Werkstätte noch in Berlin befand, bestand schon die 9stündige Arbeitszeit. Aber die Kollegen waren damals aus dem Verband ausgetreten, um den Beitrag zu sparen und ließen sich Lohnabzüge und die Arbeitszeitverlängerung gefallen, die jetzt erst ausgeglichen werden konnte.

Entgegen den Angaben der „Arbeitgeber-Zeitung“ ist die Situation für die Streikenden günstig. Die Unternehmer schreiben jetzt Karten an die einzelnen Streikenden und ersuchen sie, die Arbeit wieder aufzunehmen. Ferner sind sie bemüht, durch Inzerate in auswärtigen Blättern Streikbrecher zu bekommen, bisher ohne Erfolg. Die Streikenden rechnen auf die Solidarität der auswärtigen Kollegen und hoffen, daß mit ihrer Hilfe jeder Zuzug von Streikbrechern verhindert wird.

Die Kammacher erzielten in der zweiten Streikwoche (vom 29. Oktober bis 3. November) die Anerkennung der Forderungen in den drei Werkstätten Döblin & Co., Kraaz und Gerson mit zusammen 40 Kollegen, so daß also am 3. November 171 Kollegen in 12 Betrieben zu den erhöhten Lohnsätzen arbeiten. Die Zahl der Streikenden, die am 27. Oktober 252 betrug, verminderte sich im Laufe der Woche noch durch Annahme anderer Arbeit, Abreise und Streikbruch mehrerer unorganisierter Kollegen um 84 und beträgt am 3. November 178 Arbeiter in 14 Betrieben. Einige Betriebe haben durch Vermittlung des Arbeitsnachweises der Metallindustriellen eine Anzahl ungelernete Arbeiter eingestellt, die aber teilweise wieder aufgehört haben. Eingearbeitete Arbeitswillige oder Zuzug von auswärts haben sich nicht gefunden. In den letzten Tagen sind die Verhandlungen zwischen den Unternehmern und den Werkstättenschüssen wieder aufgenommen und ist auf eine baldige Beilegung der Bewegung zu rechnen.

Die Berliner Hartgummidrechslern sind am 2. November in den Streik eingetreten. Sie fordern 52stündige Arbeitszeit, 55 Pf. Mindestlohn, Garantie des Mindestlohnes bei Arbeitslosigkeit, 5 Pf. pro Stunde Lohnherabsetzung bei einem höheren als dem Mindestlohn und Erhöhung der Akkordpreise. In zwei von zehn Betrieben wurden die Forderungen ohne Arbeitszeinstellung anerkannt, die übrigen sind gesperrt. Zuzug ist streng fernzuhalten.

Die zweite Verhandlung der Schlichtungskommission, in der die Bedingungen des neuen Vertrags besprochen wurden, fand am 1. November statt. Trotzdem die Meisterversammlung eine Resolution angenommen hatte, in der rundweg alle Forderungen der Gesellen abgelehnt wurden, war die in der Verhandlung unterbreitete Antwort der Meister keine so bestimmte und bindige Ablehnung. Wäre den Arbeitervertretern die Resolution vorgelegt worden, so hätte das die Beendigung der Verhandlung bedeutet. Wer die Berliner Holzindustriellen kennt, wird aber von ihnen nicht erwarten, daß sie schon in der zweiten Verhandlung irgend ein Zugeständnis machen. Sie versuchten, die Forderung der Verkürzung der Arbeitszeit, über die allein den ganzen Abend hartnäckig gestritten wurde, als unberechtigt und undurchführbar hinzustellen. In der nächsten Sitzung, die am 7. November stattfindet, werden die Arbeiter mit neuem Beweismaterial für die Durchführbarkeit der geforderten Arbeitszeit antreten, insbesondere soll durch genaue Feststellungen über die Zahl der Betriebe mit kürzerer wie 52stündiger Arbeitszeit, die Zahl der dort beschäftigten Arbeiter, über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse und die Konkurrenzfähigkeit dieser Firmen aufgewartet werden.

In Bernburg sind in der Werkstätte des Glasermeisters J. Oppenheim Differenzen ausgebrochen. Bei der diesjährigen Lohnbewegung der Tischler und Glaser war Herr Oppenheim der erste, der die Forderungen bewilligte, man durfte daher annehmen, daß er von der Berechtigung derselben überzeugt war. Um so größer war die Überraschung, als am 27. Oktober ein verheirateter Verbandskollege wegen angeblichen Arbeitsmangels entlassen wurde, und an seine Stelle sofort ein unorganisierter lediger Tischler eingestellt wurde, der mit einem jüngeren unorganisierten Glaser beim Meister in Kost und Logis ging. Als zwei Kollegen Herrn Oppenheim darauf aufmerksam machten, daß durch dieses Verhalten der Vertrag gebrochen sei, wurden sie sofort entlassen. Mit dieser Angelegenheit hat sich bereits eine Zinningsversammlung beschäftigt, und dürfte Herr Oppenheim noch begrifflich gemacht werden, daß auch er

an den Vertrag gebunden ist. Über die Werkstätte ist die Sperre verhängt.

In Blomberg hat die Lohnbewegung der Stuhlbauer, Polierer und Drechslern bei der Firma Kamm & Co. jetzt eine schärfere Form angenommen. Am vergangenen Sonntagabend sind auch die Maschinenarbeiter mit in den Ausstand getreten, nachdem die Unternehmer vorher jedes Angebot rundweg abgelehnt hatten. Die Firma bemüht sich krampfhaft, Arbeitskräfte zu bekommen; unter anderen sucht sie im hiesigen Anzeiger junge und ältere Personen, die das Stuhlbauen und Polieren erlernen wollen. Leider haben sich auch einige Leute verleiten lassen und dem Unternehmer Handlangerdienste geleistet. — Am Sonntag den 28. Oktober fand eine öffentliche Holzarbeiterversammlung statt, in der Bauvorsteher Wolmann über das Thema „Unternehmergewinn und Arbeitslohn“ referierte. Die Versammlung war von circa 100 Personen besucht und beschäftigte sich auch mit dem Streik bei der Firma Kamm & Co. Eine Resolution, die den Streikenden die Sympathie der Versammlung ausdrückt, wurde einstimmig angenommen.

In Ebn ist der Streik der Wirstenmacher nach 18wöchiger Dauer mit einer Niederlage der Arbeiter für beendet erklärt worden, nachdem es den Unternehmern gelungen war, Streikbrecher in genügender Anzahl zu erhalten. Von den Streikenden selbst ist nur ein einziger in der 14. Woche zum Verräter seiner Kollegen geworden, die übrigen standen alle fest bis zum letzten Augenblick. Einer Anzahl Streikbrecher, welche sogar von Freiburg i. B. mit Frau und Kinder sich in den Dienst der Unternehmer stellten, sowie einzelner Kleinmeister von Ebn ist die Niederlage zu verdanken. Wenn die Kollegen von Anfang an glaubten, daß die Unternehmer in einigen Wochen kapitulieren müßten, so haben sie sich gründlich getäuscht, und wird es deshalb ihre Aufgabe sein, noch mehr wie bisher für die Ausbreitung der Organisation Sorge zu tragen, damit bei gegebener Zeit dem halsstarrigen Unternehmertum die gebührende Antwort gegeben werden kann.

Der Streik der Hartgummidrechslern der Firma Jellen & Guilleaume mußte ebenfalls nach 14wöchiger Dauer als für die Arbeiter verloren aufgehoben werden; aber nicht etwa weil sich Streikbrecher gefunden haben, sondern weil es absolut unmöglich war, auf irgend eine Weise an die Firma heranzukommen. Selbst den Gewerbeinspektor, welcher von den Arbeitern gebeten wurde, zu unterhandeln, beschied man abschlägig, und dieses ist auch leicht begreiflich. Hätte sich die Firma bereit erklärt, auch nur das Geringste zu bewilligen, so wären in kurzer Zeit alle übrigen Arbeiter in dem Betrieb, deren es über 3000 sind, mit Forderungen hervorgetreten, und diese Millionenfirma wäre um einige Prozent an ihrem hohen Profit geschmälert worden. Man glaubte wir aber doch, nachdem der Streik aufgehoben und dieses der Firma mitgeteilt wurde, daß sie die übriggebliebenen Arbeiter wieder einstellen würde. Aber auch dieses wurde abgelehnt, und sollen nun die vier übriggebliebenen verheirateten Kollegen dem Hunger ausgeliefert werden. Alle Versuche bei dem Direktor sowie Betriebschef bleiben erfolglos, ja man fragt schon beim Portier an, wer es sei, und dann erfolgt die Antwort: Keinen einzigen mehr. Da nun trotz Annoncen in verschiedenen Zeitungen noch keine Gummidrechslern sich gefunden haben, hoffen wir auch für die Zukunft, daß die Kollegen allerorts den Zuzug noch fernhalten, damit die Firma doch schließlich noch einsehen lernt, daß sie die Kollegen wieder einstellen muß.

In Eisenach scheiterte das Verlangen der Wirstenmacher nach einem Lohnzuschlag von 10 Pf. pro 1000 Loch auf alle Einzelwaren an der Halsstarrigkeit des Herrn Hoflieferanten Schneider. Drei Kollegen, welche mit ihrer traurigen Lage nicht zufrieden waren, haben nacheinander das Glorioso des Herrn Schneider verlassen. Akkordlöhne von 8 bis 13 Mk. sind keine Seltenheit. In Betracht kommen hauptsächlich Parkettbodenbüsten. Herr Schneider zahlt 90 Pf. pro 1000 Loch, und in vielen Städten gibt es schon lange 1 Mk. bis 1,30 Mk., und will er diese Büsten auf Kopf (Vorstemmischung) sauber gearbeitet haben. Im Betrieb ist noch tätig ein Meister für 20 Mk. pro Woche und ein verheirateter Kollege. Derselbe ist nicht organisiert, hat aber die Preise seit einem Jahre auf die jetzige Höhe gebracht. Tarife von Münschen, Berlin, Nürnberg und anderen Orten wurden vorgelegt; dieselben sind zurückgewiesen worden.

In Viegny ist die Lohnbewegung der Klavierarbeiter beendet. Am 25. Oktober haben die Kollegen von Spinnagel die Arbeit wieder aufgenommen, nachdem die 9stündige Arbeitszeit und eine durchschnittliche Erhöhung der Löhne um 10 Prozent bewilligt worden war. Es ist somit in 10 Betrieben mit über 300 Arbeitern die 9stündige Arbeitszeit, eine Erhöhung des Akkord- und Stundenlohnes um 10 Prozent, eine Vergütung für Überstunden von 5 Pf. und 25 Prozent erzielt worden. Sache der Viegnyer Klavierarbeiter ist es nun, das jetzt Gewonnene festzuhalten und die Organisation zu festigen, damit auch das noch nachgeholt werden kann, was den hiesigen Klavierarbeitern zum Durchschnittsverdienst der im übrigen Deutschland beschäftigten Kollegen noch fehlt. Auch das mögen sich die Kollegen gesagt sein lassen, ein anderes Mal werden auch die Arbeitgeber gerüsteter dastehen, um so mehr haben wir alles aufzuwenden, um gegen unliebsame Überraschungen jederzeit gefeit sein zu können.

In Nordseebad Juist befinden sich die Kollegen seit längerer Zeit mit den Arbeitgebern in Differenzen. Es handelt sich um Einführung der zehnstündigen Arbeitszeit und eines entsprechenden Lohnes, dem sich die Arbeitgeber bis aufs äußerste widersetzen. Alle Mittel werden versucht,

um die Kollegen durch die Hungerpeitsche in das alte Joch zurückzutreiben, was entschieden verhindert werden muß. Wir bitten, den Zugang nach Nordseebad Jüst streng zu meiden.

In Sommerfeld wurde der Streik der Tischler nach sechswöchiger Dauer mit teilweisem Erfolg beendet. Die Arbeitszeit am Orte betrug vor dem Streik 59 Stunden, der Stundenlohn 80 Pf. Nach zweimaliger Verhandlung mit den Unternehmern, welche sich im Laufe des Streiks ebenfalls organisiert hatten, und dem Gauvorsitzer Stusche wurde für dieses Jahr die Arbeitszeit auf 58 Stunden verfürzt und für nächstes Jahr auf 57 Stunden. Der Stundenlohn wird in diesem Jahre um 2 Pf. erhöht, ebenfalls auch im nächsten Jahre. Für den Durchschnittsarbeiter muß ein Lohn von mindestens 30 Pf. pro Stunde gezahlt werden. Außerdem wurde der ausgearbeitete Akkordtarif, welchen wir vorgelegt haben, anerkannt. Diese Abmachungen sind durch zweijährigen Vertrag festgelegt worden. Der Streik hat den Kollegen wiederum gelehrt, daß durch die Organisation etwas zu erreichen ist. Haben wir auch unsere Forderungen nicht in allen Punkten bewilligt erhalten, so ist doch eine feste Grundlage geschaffen worden, so daß wir in späteren Jahren eher zu unserem Ziel kommen werden.

In Stuttgart dauert der Zustand respektive die Aussperrung der Klavierarbeiter unverändert fort, und zwar befinden sich die zuerst Ausständigen nunmehr volle sechs Wochen im Kampfe. Die 700 ausständigen Kollegen stehen ruhig und einmütig hinter ihrer Forderung, wissen sie doch, daß die Bewilligung der zehnprozentigen Lohnerhöhung ihnen noch nicht einmal die Höhe der in anderen Städten bezahlten Löhne sichert. Um die in Hamburg und Berlin in der Pianofortindustrie bezahlten Löhne zu erzielen, müßten die Stuttgarter Löhne um 20 bis 25 Prozent erhöht werden, zudem ist die Arbeitszeit in den genannten Städten eine wesentlich kürzere. Den Fabrikanten wird nun das Warten auf die so heiß ersehnten Überläufer anscheinend zu lang, sie versuchen daher auf alle mögliche Art und Weise wieder Arbeiter zu bekommen. So sendet der Inhaber eines der größten Geschäfte seinen Prokuristen und Werkführer in die Wohnungen derjenigen Arbeiter, die er vor kurzer Zeit auf's Pfaster geworfen hat, und läßt sie auffordern, unverzüglich zur Arbeit zurückzukehren. Daß hierbei glänzende Versprechungen gemacht werden, ist selbstverständlich, aber auch zu Drohungen nimmt man seine Zuflucht. Es wurde einigen alten Kollegen angedroht, daß sie überhaupt nicht wieder eingestellt würden, wenn sie sich noch länger weigern, zur Arbeit zurückzukehren. Alle diese Bitten und Drohungen waren aber erfolglos, denn bis heute hat sich noch keiner einschüchtern lassen. Die von den Fabrikanten ausgesprochenen Gerichte, daß die Streikaffe erschöpft sei, sind so einfältig, daß sie einer Widerlegung an dieser Stelle gar nicht bedürfen. Nichts anderes ist es mit dem Gerede, daß die Dresdener Klavierfabrikanten zugunsten der Stuttgarter aussperrten würden. Ganz das Gegenteil ist der Fall. Die Dresdener Fabrikanten haben nichts eiltgeres zu tun gehabt, als die Forderungen ihrer Arbeiter zu bewilligen, um die für sie günstigere Zeit auszunutzen; möglicherweise haben sie sich dabei von dem Gedanken leiten lassen, den Stuttgarter die Kunden wegzuschleppen. Auf dem seither begangenen Wege werden also die Stuttgarter Fabrikanten nicht zum Ziele kommen. Der einzig gangbare Weg ist ihnen von unserer Seite gezeigt worden. Wir haben ihnen erklärt, daß wir zu jeder Zeit zu Unterhandlungen bereit sind, und auch auf eine Anfrage von Seiten des Gewerbegerichts unserer Bereitwilligkeit Ausdruck gegeben, dieses als Einigungsamt anzuerkennen. Die Fabrikanten erklärten dagegen auf die gleiche Anfrage, vorläufig eine zuwartende Stellung einzunehmen zu wollen. Wenn ihnen in dieser Stellung nur nicht die Zeit lang wird. Wir können es aushalten.

In Werbau i. S. sind die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in der Sächsischen Waggonfabrik geradezu unerträglich. Die Stellmacher und Tischler allerorts werden deshalb gebeten, diesen Betrieb zu meiden.

In Wulsdorf erzielten die Stellmacher einen schönen Erfolg. In einer am 30. Oktober stattgefundenen Unterhandlung mit den Unternehmern wurden sämtliche von uns aufgestellten Forderungen anerkannt und ein Vertrag auf zwei Jahre abgeschlossen. Auch Herr Keirat in Loppstedt, welcher bisher immer weniger an Lohn zahlte als die hiesigen Meister, hat den neugeschaffenen Lohntarif anerkannt, so daß auch diese Werkstatt für Verbandsmitglieder wieder offen steht. Durch unser Vorgehen ist an verschiedenen Orten, wie Sellstedt, Grögelingen usw., der Lohn für dieselbe Arbeit erhöht worden. Es bedurfte dort nur eines Anstoßes der Kollegen. Hoffentlich werden die Kollegen im Alten Lande, welche sich augenblicklich auch in einer Lohnbewegung befinden, auch den Sieg davontreiben.

Aus der Holzindustrie.

Die Korkeindustriellen

Haben ihren diesjährigen internationalen Kongreß am 31. August und 1. September in Eisenach abgehalten. Über die Verhandlungen hat die „Korkeindustrie-Zeitung“, das Organ der Korkeindustriellen, einen höchst umständlichen und langstieligen Bericht gegeben, dessen Schluß erst in der Nummer vom 1. November vorliegt. Dem Bericht entnehmen wir, daß der Verband 220 Mitglieder, aber keinen Kassenbestand hat, es ist im Gegenteil eine Unterbilanz von 788,44 Mk. vorhanden. Um dem abzuhelfen, wurde beschlossen, den Jahresbeitrag von 10 auf 15 Mk. zu erhöhen. Allgemein anerkannt wurde die Notwendigkeit einer Erhöhung der Verkaufspreise. Aber die zu dem Zweck zu ergreifenden Schritte konnte man sich aber nicht recht einig werden. In einer schließlich angenommenen Resolution wird die Notwendigkeit der Preiserhöhung natürlich in erster Linie mit der Erhöhung der Arbeitslöhne begründet. Dem Vorstand wird es überlassen, die nötigen Mittel zu ergreifen um diese Ansicht (von der Notwendigkeit einer Preiserhöhung) in die Öffentlichkeit zu bringen. Den Korkearbeitern wird es interessant sein, auf diesem Wege zu erfahren, daß ihre Löhne erhöht wurden, an ihrem Einkommen werden sie das schwerlich gespürt haben.

Eingehend diskutiert wurde die „Akkordfrage“. Die Fabrikanten fühlen sich durch den Handel mit gebrauchten

Korken, die teils umgeschnitten, teils nur gewaschen wieder auf den Markt gebracht werden, schwer benachteiligt, sie fürchten aber, wirklich energische Maßnahmen dagegen zu ergreifen, wohl von der unausgesprochenen Ansicht ausgehend, daß sich ein Teil der Verbandsmitglieder solchen Beschüssen nicht fügen würde. So ist es auch zu verstehen, daß ein Antrag, der die Verbandsmitglieder verpflichtet, alle gebrauchte Korken weder zu kaufen, noch im Tausch zu übernehmen, noch zu verarbeiten oder weiter zu verkaufen, mit großer Majorität abgelehnt wurde. Dagegen wurde beschlossen, beim Reichstag um ein Verbot des Akkordhandels zu petitionieren.

Über den Streik der Korkearbeiter in Delmenhorst berichtete Herr Knipper. Demnach haben die Fabrikanten die teilweise Bewilligung der geforderten Löhne hauptsächlich deshalb zugestanden, um einen einheitlichen Lohntarif herbeizuführen; derselbe darf von keinem Fabrikanten bei einer Konventionalstrafe von 800 Mk. für jeden einzelnen Fall überschritten werden. Jetzt verdienen in Delmenhorst nach Angabe der Fabrikanten die Bohrer zirka 26 Mk., die Hobelmaschinenarbeiter zirka 20 Mk. und die Sortierer 16 bis 18 Mk. die Woche. Wenn die Arbeiter noch höhere Löhne verlangen sollten, dann würden die Unternehmer ihre Betriebe verlegen müssen. Durch solche Drohungen werden sich hoffentlich unsere Kollegen nicht ins Bockshorn jagen lassen, sondern um so energischer auf die Wahrung ihrer Interessen bedacht sein. Die Existenz des Holzarbeiterverbandes, dem die Korkearbeiter zum größten Teil angehören, empfindet Herr Knipper als eine Gefahr für die Unternehmer. Dieses Zeugnis ist für unsere Organisation recht schmeichelhaft und sollte die Korkearbeiter veranlassen, noch mehr als bisher für die Organisation einzutreten, denn die Annahme, daß die Mehrzahl der Korkearbeiter organisiert ist, dürfte zurzeit nicht richtig sein.

Vor einem gar zu scharfen Auftreten der Korkefabrikanten, insbesondere vor der Gründung eines wirklichen Korkefabrikantenverbandes warnte der Redner, da die paar tausend Korkearbeiter, wenn es zu einem Konflikt kommen sollte, von den übrigen Industrien vollständig verschlungen würden. Dagegen empfiehlt er mit den Arbeitgeberverbänden in anderen Industrien Fühlung zu nehmen. Um für einen Streik gerüstet zu sein, sollen die Unternehmer darauf Bedacht nehmen, in ihren Betrieben eine Anzahl nicht organisierter Arbeiter, Lehrlinge usw. zu beschäftigen, die sich gegebenenfalls als Arbeitswillige betätigen. Überhaupt sollten mehr Lehrlinge herangezogen werden, zu dem Zweck wird empfohlen, den Lehrlingen den gleichen Lohn zu zahlen, der in den anderen Industrien am Orte bezahlt wird. Diese Rechnung ist ja so übel nicht; die geringen Mehrkosten, welche die Lehrlinge verursachen, werden ja reichlich wett gemacht durch die niedrigeren Löhne, die man den Arbeitern geben kann, wenn diese sich in größerer Zahl anbieten. Die Korkearbeiter haben also alle Ursache, das Vorgehen der Unternehmer auf diesem Gebiet genau zu verfolgen.

Zu erwähnen ist schließlich noch, daß der römische Antrag, Diplome für 25jährige Tätigkeit in demselben Betrieb zu schaffen, in dem Bericht mit wenigen Worten abgetan ist. Es wird nur mitgeteilt, daß beschlossen wurde, daß ein Diplom von Verbands wegen nicht zu erteilen sei, sondern daß man es den einzelnen Firmen überlassen müsse, in dieser Angelegenheit nach Belieben zu handeln. Bei der behaglichen Breite, in welcher der übrige Teil des Berichtes in der „Korkeindustrie-Zeitung“ gehalten ist, läßt diese Kürze darauf schließen, daß bei der Behandlung dieses Punktes ziemlich viel Unfuss produziert wurde.

Der Arbeitgeberverband der Holzindustrie von Hamburg und Umgegend

hat aus Anlaß der diesjährigen Maisfeier und der daraus resultierenden Lohnbewegungen unserer Hamburger Kollegen gegen unsere Verbandsleitung in Stuttgart, die Lokalverwaltung unserer Hamburger Zahlstelle und den Kollegen A. Neumann in Hamburg vor dem Hamburger Landgericht eine Schadenersatzklage anhängig gemacht. In der Sache hat bereits am 25. Oktober ein Termin stattgefunden. Zunächst wurde über einen Einwand des Verbandsvorstandes, das Hamburger Landgericht sei für ihn nicht zuständig, verhandelt. Das Landgericht verwarf diesen Einwand durch Zwischenurteil und vertagte die Verhandlung. Wir kommen auf den wichtigen Prozeß in nächster Nummer noch zurück.

In der Holzindustrie ist im Monat September nach dem Reichsarbeitsblatt eine geringe Abschwächung des Geschäftsgangs eingetreten, jedoch wird die Beschäftigung als befriedigend oder als gut bezeichnet. Besonders in Ostdeutschland, in ländlichen Bezirken, fehlen Arbeitskräfte. Kistenfabriken hatten lebhaft und besser zu tun als im August, etwa ebenso wie im September des Vorjahres. Die Beschäftigung im Pianobau war reger; eine dauernde allmähliche Steigerung der Löhne ist wahrnehmbar. Die Berichte aus der Berliner Möbelfabrikation lauten nicht übereinstimmend. Die Mehrzahl der Betriebe wie auch in der Stuttgarter Möbelindustrie war hier gut und besser als im Vorjahr beschäftigt, während in anderen die im September übliche Steigerung des Beschäftigungsgrades hinter der des Vorjahres zurückblieb. Der Wagenbau, besonders für Luxuswagen und Automobile, war gut beschäftigt. Im allgemeinen waren genügend Arbeitskräfte vorhanden. Der Beschäftigungsgrad im Eisenbahnwagenbau wird gleichfalls als günstig bezeichnet; Überstunden und Lohnerhöhungen haben auch hier stattgefunden. In der Bürstenfabrikation war auch in diesem Monat der Geschäftsgang sehr lebhaft, was auch hier, teilweise im Zusammenhang mit Arbeitermangel, Lohnerhöhungen veranlaßte. Die Sonnenberger Spielwarenindustrie war sehr gut beschäftigt, teilweise so gut, wie bisher in keinem Monat des Jahres. Überstunden bildeten die Regel; die Löhne wurden erhöht; es herrschte stellenweise Arbeitermangel.

Christliche Agitationspraxis. Die christlichen Organisationszersetzer sind zurzeit im Schwarzwald besonders reger tätig, um die dortigen Bürsten- und Uhrenindustriearbeiter, sowie die Säger mit den Segnungen ihres Verbandes zu beglücken. Berge von Flugblättern werden nach dort geschleift und an Eichen und Telegraphenstangen sieht

man Versammlungsbekanntmachungen kleben mit schön klingenden Themas, wie „Der Weg zu Tarifverträgen“. Aber erzählt wird den Arbeitern von dem eigentlichen Thema sehr wenig, die christlichen Agitatoren erschöpfen sich meist in Schimpfereten gegen die von ihnen verhassten „Roten“. Auf ein paar Lügen kommt es bei dieser Agitationsmethode nicht an und selbst dem Sekretär des christlichen Holzarbeiterverbandes, Herrn Rödlach, welcher sich in seinem Leiborgan als sehr wahrheitsliebend aufspielt, passiert es, daß er gewaltig danebenhaut. So erzählte er im Oberamt Neuenbürg, daß die Christen es seien, die als erste dort auf den Plan traten. Umgekehrt wird aber ein Schuh daraus. Man hat an einen Rödlach noch gar nicht gedacht, als seitens unseres Gauvorstandes dort schon Versammlungen abgehalten wurden. Das wissen unsere Kollegen dort auch und sie führten diesen wahrheitsliebenden Herrn in einer Versammlung in Calmbach, als er eine ähnliche Behauptung aufstellte, gründlich ab. Er beschwert sich in seinem Organ darüber auch bitter und sagt, da man ihm sachlich nicht beikommen könne, hätte man ihn niedergegeschrien. Gätte Herr Rödlach fortgeföhren, wie er in den ersten Minuten einsetzte, dann wäre er sicher auch angeöhrt worden; aber wie eben die Käse das Krausen nicht lassen kann, so kann auch ein christlicher Agitator keine Rede ohne Schimpfereten und Verdrehungen beenden.

Es muß aber auch recht ärgerlich gewesen sein für Herrn Rödlach, daß genau wie am Sonntag zuvor in Conweiler auch in Calmbach niemand zu der von ihm anberaumten Versammlung erschien und er sich dann genötigt glaubte, an beiden Tagen in unsere gut besuchten Versammlungen zu kommen.

Im Oberamt Neuenbürg kommen vorwiegend Sägereiarbeiter in Frage, und Herr Rödlach scheint es schwer im Magen zu liegen, daß ihm dort sein gelegentlich gebrauchter Auspruch „der christliche Verband nimmt keinen Säger auf, weil sie zu viel kosten, in der Versammlung festgenagelt wurde. Er redet sich nun damit heraus, daß er gesagt habe, nur da, wo lauter Tagelöhner in Betracht kommen, also keine gelernten Säger, werden dieselben an den Hilfsarbeiterverband verwiesen, weil diese Kollegen oft einen ganz niedrigen Lohn haben.

Nun, die Sägereiarbeiter danken für eine derartige Zersplitterungsagitation. Sie wissen viel zu gut, daß ihre Interessen nur in einer einheitlichen Organisation, die gelernte und ungelernete, christliche und nichtchristliche Sägereiarbeiter umfaßt. Der Raun unserer Zeitung ist zu kostbar, um auf alle Wutausbrüche des Herrn Rödlach in Nr. 42 des Organs der christlichen Holzarbeiter einzugehen; dazu wird sich mündlich Gelegenheit finden.

Im Oberamt Neuenbürg werden die christlichen Gewerkschaftszersplitterer gelernt haben, daß die dortigen Holzarbeiter vom „christlichen Segen“ nichts wissen wollen, das haben sie durch Masseneintritt in den Deutschen Holzarbeiterverband bewiesen. — tsch

Gewerkschaftliches.

Die Lohnbewegung der Bergarbeiter

beschäftigt zurzeit lebhaft die öffentliche Meinung. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“, das Organ, welches die Regierung gewöhnlich benützt, um ihrer Ansicht in un-offizieller Weise Ausdruck zu geben, hat einen aufsehen-erregenden Artikel gebracht, in welchem die Grubenbarone ernstlich ermahnt werden, mit der Siebenerkommission zu verhandeln und den Forderungen der Arbeiter entgegenzukommen. Das Blatt hat aber sehr bald mitteilen müssen, daß es sich bei diesem Artikel um die Privatarbeit ihrer Redaktion und nicht etwa um eine Regierungskundgebung handelt. In einem folgenden Artikel stellt es sich auf einen direkt entgegengesetzten Standpunkt. Das Blatt, das in dem ersterwähnten Artikel dargelegt hatte, daß die Lebenshaltung der Arbeiter gegenwärtig unter dem Niveau vom Jahre 1900 liege, huldigt jetzt der Meinung, daß die Löhne mit der Steigerung der Lebensmittelpreise annähernd gleichen Schritt gehalten haben. Von der Siebenerkommission als der legalen Vertretung der Bergarbeiterverbände will das Regierungsorgan jetzt nichts mehr wissen, dagegen werden die Unternehmer gelobt, weil sie sich bereit erklärt haben, mit den Arbeiterausschüssen über die Lohnfrage zu verhandeln. In diesem zweiten Artikel dürfte die Ansicht der Regierung richtig wiedergegeben sein, die sich, wie gewöhnlich in derartigen Fragen, die Auffassung der Unternehmer rückhaltlos zu eigen macht.

Die Bergarbeiter fordern in der Hauptsache eine 15-prozentige Lohnerhöhung, die Unternehmerorganisationen lehnen es aber ab, in dieser Frage mit der Siebenerkommission, in welcher die bestehenden Bergarbeiterverbände vertreten sind, zu verhandeln. Sie haben auf die entsprechende Eingabe geantwortet, daß sie die Verbände nicht als Vertretung der Belegschaften anerkennen, und daß sie es den einzelnen Zechenverwaltungen überlassen, mit den Arbeiterausschüssen zu verhandeln, welche das Regierungsorgan in zweitem Artikel als die „bezugenen Arbeiterorganisationen“ bezeichnet. Das Römische bei der ganzen Geschichte ist aber, daß diese Arbeiterausschüsse, welche durch die Berggesellen vom Jahre 1905 geschaffen wurden, gar nicht befugt sind, die Belegschaft in Lohnfragen zu vertreten. Die Regierung kann die Arbeiterausschüsse auflösen, wenn sie sich mit Lohnfragen beschäftigen. Welchen Ausgang die Bewegung nehmen wird, läßt sich zurzeit noch nicht absehen. Am 26. Oktober hat eine Konferenz der Verbandsvorstände stattgefunden, in welcher hinsichtlich der Lohnfrage ein Beschluß gefaßt wurde, durch welchen in Anbetracht der gegenwärtigen Situation die Arbeiterausschüsse sämtlicher Kohlenvereine verpflichtet werden, sofern sie nicht mertsseitig zu einer Sitzung eingeladen wurden, sofort eine Sitzung bei der Grubenverwaltung zu beantragen, in welcher sie die Forderungen der Verbände in der Lohn-, Sperre- und Übersichtenfrage zu vertreten haben. Über das Ergebnis der Verhandlungen muß bis zum 8. November an die Organisationsvorstände berichtet sein, welche dann am 9. November in einer gemeinsamen Sitzung das weitere beschließen werden.

Ein christlicher Schurkenstreich, der an Niederrhein, Boshheit und Gemeinheit alles bisher Dagewesene übertrifft, ist anlässlich der Stückgutarbeiterausperrung in Mannheim-Ludwigshafen von dem christlichen Arbeitervertreter Tremmel verübt worden. Dieser christliche Arbeiterführer hat an die Ortsverwaltungen seines Verbandes folgendes Zirkular erlassen:

Mannheim, im Oktober 1906.
Werte Kollegen!

In Mannheim tobt im Hafengebiet schon seit 10 Tagen ein heftiger Streik. Schuld an dem hinauszuwagern des Streiks sind die sozialdemokratischen Gewerkschaften, die den christlichen Hilfs- und Transportarbeiterverband nicht anerkennen wollen. Da die Arbeitgeber bereit sind, mit uns einen Tarif abzuschließen, wenn wir für die notwendige Zahl Arbeiter sorgen, so ergeht an alle Zahlstellen die dringende Aufforderung, Unterzeichnetem telegraphisch mitzuteilen, ob und wie viele Arbeitskräfte zur Verfügung stehen.

Kollegen! Bedenkt, es gilt den Kampf um unsere Interessen und ihre Gleichberechtigung, weshalb jede Zahlstellenverwaltung die Pflicht hat, uns in diesem Kampfe zu unterstützen. Auch wenn Arbeiter aufgetrieben werden können, die nicht unserem Verband angehören, so ist dies unbedingt zu melden. Der Stundenlohn beträgt hier 41 Pf. Die Arbeiter sind über den wahren Sachverhalt aufzuklären. Für Schutz gegen Angriffe der streikenden Verbände ist genügend Sorge getragen. Die Reisekosten trägt die Verbandskasse. Darum, Kollegen, werbt allerorts Arbeiter für nach Mannheim und gebt sofort telegraphisch Nachricht. Wenn jede Zahlstelle nur einen Mann aufbringt, so ist unserer Sache gedient.

Mit kollegialem Gruß

Peter Tremmel, Mannheim C 8, 7.

Dieser Streich des Schurkenstreich übertrifft noch jenen Verrat der christlichen Holzarbeiter vom vorigen Jahre in Ebn. Eine Arbeiterorganisation, die so weit herabgefallen ist, daß sie den Streikbrechertransport auf Kosten der Verbandskasse übernimmt, ist weiter nichts als eine Unternehmerschutztruppe, deren Angehörige noch unter der Qualität jener Söldlinge des Mittelalters stehen, die heute für diesen und morgen für einen anderen ihre Ehre preisgeben.

Dieser gemeine Schurkenstreich der Christen konnte an dem Ausgang des Kampfes nichts ändern, der Streit endete mit einem vollen Erfolg der Arbeiter. Der Fall zeigt aber wieder, wessen sich die organisierte Arbeiterschaft von den Christen zu versehen hat.

Ein christlicher Arbeiterkongress, der zweite seiner Art, soll anfangs nächsten Jahres in Berlin abgehalten werden. Im Jahre 1904 fand eine Zusammenkunft christlicher Arbeiter in Frankfurt a. M. statt, die von den Veranhaltern in ihrer Bescheidenheit als „Erster deutscher Arbeiterkongress“ bezeichnet wurde; die bevorstehende Tagung wird vom „Städterblatt“, „Das Reich“, etwa zutreffender als „christlich-nationaler Arbeiterkongress“ angekündigt. Offenbar um den Teilnehmern über die Schwierigkeit der Bureauwahl hinwegzuhelfen, teilt das Blatt jetzt schon mit, daß das Präsidium des Kongresses die Generalsekretäre Franz Behrens in Essen und Adam Stegerwald in Ebn bilden werden.

Unternehmerbewegung.

Der Bund der Industriellen, eine der bedeutendsten Scharfmacherorganisationen in Deutschland, hielt am 15. Oktober in Berlin ihre Generalversammlung ab. Es wurde eine Resolution einstimmig angenommen, wonach die Versammlung die Schaffung eines Industrietages begrüßt als ein Mittel, der Gesamtheit der Industrie eine Gesamtvertretung zu schaffen, um die dringend notwendige Einigung aller Industriezweige zu vollziehen. Der Vorstand wird beauftragt, mit den verbündeten Gesamtvertretungen der deutschen Industrie, dem Zentralverband deutscher Industrieller und der Zentralstelle zur Vorbereitung von Handelsverträgen in Verbindung zu treten. Weiter beschäftigte sich die Generalversammlung mit der staatlichen Versicherung der Privatangehörigen. Es kam zur Annahme folgender Resolution: „Die Generalversammlung erblickt in der Durchführung einer möglichst weitgehenden Versicherung der Privatangehörigen den folgerichtigen Ausbau der sozialen Gerechtigkeit. Sie beschließt bei dem gegenwärtigen Stand der Sache, ihre Zustimmung zu der geplanten staatlichen Versicherung von der weiteren Entwicklung der auf diesem Gebiete mit der Selbsthilfe gemachten Erfahrungen abhängig zu machen.“ — Über die Streikversicherung berichtete der Sekretär des Streikversicherungsverbandes der deutschen Arbeitgebervereinigungen, Dr. Grabenstedt-Berlin. Die Versammlung beschloß die Vorarbeiten zur Gründung einer solchen Kasse, insbesondere für Norddeutschland und diejenigen Industriellen, die den Anschluß an einen Fach- oder Lokalverband zum Ersatz von Streikschäden nicht haben finden können.

Technisches.

Neue Fachliteratur.

Auf das Erscheinen eines neuen Möbelwerkes von Franke & Kiegel in Dresden N. sei in nachstehenden Zeilen hingewiesen. Das Werk ist betitelt „**Neuzeitliche Möbel**“ und ist im Selbstverlage der Herausgeber erschienen (die Expedition der „Holzarbeiter-Zeitung“ nimmt Bestellungen entgegen). Den modernen Bestrebungen Rechnung tragend, sind alle Entwürfe dem neuzeitlichen Geschmack angepaßt. Auf 20 Farbentafeln von 30:42 Zentimeter Blattgröße in Mappe finden wir 84 Möbelentwürfe in Farbendruck dargestellt. Die geometrisch dargestellten Einzelmöbel sind im Maßstabe 1:10 gezeichnet, aber als zusammengehörige Zimmeranordnungen kombiniert, dem noch ein kleines perspektivisches Bildchen zur Übersicht eingefügt wurde. Eine angenehm wirkende Farbenabstimmung beherrscht das ganze Werk, ohne jemals aufdringlich zu werden. Wohn- und Esszimmer, Herrenzimmer, Gesellschafts- und Schlafzimmer, auch Küchen- und Vorplatzmöbel sind vertreten und dem Bedürfnis gutbemittelter Bürger-

kreise entsprechend ausgestattet. Den umfangreichen Stoff einzeln zu besprechen ist ausgeschlossen; die geschmackvollen Arbeiten werden den Besitzern dieses Werkes sehr willkommen sein, einerlei, ob er produzierender Praktiker oder Möbelhändler ist, aber auch für den Unterricht im Fachzeichnen werden sie gern begrüßt werden. Als Beigabe finden wir noch ein Heft mit Kalkulationen zu jedem Gegenstande, mit der Preisangabe für gewünschte Werkstattzeichnungen.

Auch übernehmen die Autoren die Lieferung von Beschlägen, Intarsten und sonstigen Teilen, welche zum Möbelbau erforderlich sind. Das Werk ist zu dem mäßigen Preise von 15 Mark, auch durch den Kommissionsverlag von C. Heinrich in Dresden zu haben; es werden auch einzelne Blätter abgegeben.

Eingefandt.

Zur Stellmacherbewegung.

Gemäß den Beschlüssen der vorjährigen Stellmacherkonferenz fand in der letzten Branchenversammlung der Stellmacher Berlins die Neuwahl der „Zentralkommission“ statt. Es wurden neu respektive wiedergewählt die Kollegen A. Siebel, Vorsitzender, S. Bringmann, Schriftführer, D. Reiche, J. Engelhard und M. Mölle.

Indem wir gleichzeitig bemerken, daß wir einen Bericht über unsere Tätigkeit sowie über das Ergebnis der eingegangenen Akkordpreise für Waggonfabriken und Luxuswagenlasten am Jahreschluß erstatten werden, machen wir bekannt, daß wir in Kürze eine Zusammenstellung der bei Automobilroschkenlasten erzielten Arbeitspreise für ganz Deutschland vorzunehmen gewillt sind. Da der Automobilroschkenbau das Hauptinteresse unserer in der Automobilindustrie beschäftigten Kollegen in Anspruch nimmt, ersuchen wir die Kollegen aller Orte, in denen derartige Arbeit hergestellt wird, falls sie bis zum 15. d. M. von uns das hierzu benötigte Feststellungsmaterial nicht erhalten haben, sich sofort um dieses zu bemühen, ungeachtet dessen, ob die Droschken im Lohn oder im Akkord hergestellt werden. Zum Schluß möchten wir dringend um die Zufendung der Adressen aller Sektionsvorsitzenden wie überhaupt um Mitteilungen jeglicher Veränderungen bitten, damit wir in Zukunft um so schneller und damit erfolgreicher arbeiten können.

Die Zentralkommission d. Stellmacher Deutschlands.

J. A.: Artur Siebel,

Berlin SO 86, Reichenbergerstraße 148 vorn III r.

Streitaktisches.

In dem „Eingefandt“ unter vorstehender Überschrift in Nr. 43 der „Holzarbeiter-Zeitung“ wünscht der Kollege Kubitz in Plauen, daß sich die von ihm angegriffenen Zahlstellen äußern. Diesem Wunsche wollen wir nachkommen. Wenn sich der Kollege Kubitz vergegenwärtigt hätte, was er am 11. August an die von ihm namhaft gemachten Lokalverwaltungen geschrieben hat, dann hätte er von groben Unterlassungssünden nicht schreiben können. Wichtig ist, daß die Lokalverwaltung Langenb. von der Verwaltung Plauen ersucht wurde, Erörterungen anzustellen über etwaige Zeichnungen mit einem gewissen Stempel und, falls etwas auffällig gemacht würde, die Zahlstelle Plauen zu benachrichtigen. Diesem ist auch die Verwaltung „gewissenhaft“ nachgekommen, sie hat dabei aber nichts entdeckt, insolge dessen war auch eine Antwort nicht nötig, da in diesem Falle keine gewünscht wurde. Falsch dagegen ist die Behauptung, es seien Angaben über die Art der Möbel gemacht worden. Wenn die Verwaltung Plauen die Art der Möbel kannte, so mußte auch eine solche Bezeichnung den öffentlich angelegten Zahlstellenverwaltungen zugehen. Dies ist aber nicht geschehen, und doch will man diese Zahlstellen für irgend welche Gedanken oder Träumereien verantwortlich machen. Wenn die ganze Sache seinerzeit von der Verwaltung Plauen mit solchen Eifer geführt wurde, wie in dem Briefe geschrieben wird, so ist zu verwundern, daß sie, da eine Antwort ausbleiben war, es nicht für nötig hielt, nochmals eine Anfrage an die betreffenden Verwaltungen zu richten. Kann es nicht auch vorkommen, daß eine solche Karte verloren geht? In diesem Falle werden Verwaltungen einfach gebrandmarkt, ohne von den Vorgängen in Plauen die geringste Ahnung zu haben. P. Sch.-Langenb. Ls.

Der Kollege Kubitz-Plauen macht in Nr. 43 der „Holzarbeiter-Zeitung“ der Lokalverwaltung in Fürth den Vorwurf, sie hätte auf eine Anfrage, ob Streitarbeit für Plauen gemacht werde, keine Antwort erteilt. Die Lokalverwaltung Fürth ist mit Kollegen Kubitz der Ansicht, daß solche Anfragen aufs genaueste beantwortet werden müssen, das kann aber bloß geschehen, wenn solche einlaufen; von einer derartigen Anfrage ist aber der gesamten Verwaltung in Fürth nichts bekannt, eine solche konnte deshalb auch nicht beantwortet werden. Jedenfalls liegt nun die grobe Unterlassungssünde auf seiten des beauftragten Kollegen in Plauen, oder der Brief ist (was kaum anzunehmen ist) verloren gegangen.

Fürth i. B. J. A.: Fr. Mayer, Bevollmächtigter.

Literarisches.

Almanach des Deutschen Holzarbeiterverbandes für das Jahr 1907. Taschenkalender für die Verwaltungen und Mitglieder des Verbandes. Im Auftrag des Verbandsvorstandes herausgegeben von Theodor Leipart. 8. Jahrgang. Stuttgart, Selbstverlag des Deutschen Holzarbeiterverbandes.

Nunmehr ist auch der neue Verbandsalmanach fertiggestellt worden und kommt an die Kollegen zum Versand. Er präsentiert sich uns in einem stattlichen, gut ausgestatteten Bändchen von 168 Seiten Umfang. Er enthält besonders reichhaltiges Material für die Agitation und vieles Wissenswerte für die tägliche organisatorische Kleinarbeit. Viele Freude dürfte den Kollegen das von Brutus gedichtete „Holzarbeiterverbandslied“ machen, das im Almanach

veröffentlicht wird. Die Kollegen werden gut tun, sich bei ihrer Ortsverwaltung bald einen Almanach zu bestellen. Auf den Inhalt des Almanach kommen wir noch in nächster Nummer zurück.

Blut und Eisen. Krieg und Kriegerturn in alter und neuer Zeit. Von Hugo Schulz. Unter diesem Titel erscheint in der Buchhandlung „Vorwärts“ ein reich illustriertes Werk über Krieg und Kriegerturn, 50 Lieferungen à 20 Pf., dessen Anschaffung wir allen Kollegen empfehlen können. Durch alle Parteibuchhandlungen und Kolporteurs zu beziehen.

Silquitt, Morris, Geschichte des Sozialismus in den Vereinigten Staaten. Autorisierte Übersetzung von Karl Müller-Bernberg. Stuttgart, J. G. W. Diez Nachf. 358 S. Gebunden 3 Mk.

Das Werk bietet uns ein umfassendes Bild der modernen Arbeiterbewegung in den Vereinigten Staaten. Auch die Entwicklung und die jetzige Befassung der nordamerikanischen Gewerkschaftsbewegung werden darin sehr eingehend geschildert. Wir möchten das Buch allen Zahlstellenverwaltungen wie den agitatorisch tätigen Kollegen zur Anschaffung für ihre Bibliothek angelegentlich empfehlen.

Braun, Ely, Die Mutterchaftsversicherung. Ein Beitrag zur Frage der Fürsorge für Schwangere und Wöchnerinnen. Berlin, Buchhandlung „Vorwärts“. 26 S. 20 Pf.

Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Tischler und anderer gewerblicher Arbeiter

(E. G. 8 in Hamburg).

Einnahme im Oktober:

Eingefandte überschüsse: Berlin F, Mannheim, München I je 1000 Mk., Breslau 850, Berlin B, Berlin G, Berlin H, Chemnitz je 800, Berlin E, Gbingen, Würzburg II, Wörlershof, Rixdorf, Magwitz je 500, Erlangen 470, Berlin A, Berlin D, Düsseldorf, Karlsruhe, Rabenau, Mülheim a. Rh., Freiburg i. B., Emmendingen, Bayreuth, Hanau, Hamburg IV je 400, Frankenthal, Zeitz, Ansbach, Johannegeorgstadt, Cassel, Halle, Weissenfee, Würzburg I, Rathenow, Selterhausen, Regensburg, Trotha, Mülheim a. D. je 300, Neuwied, Wiesbaden, Hochstadt, Neu-Spenburg, Hamburg III, Hamburg V je 250, Königsberg 280, Pfungstadt, Aschaffenburg, Essen, Kall, Reudnitz, Bahr, Charlottenburg, Dresden N, Bergen, Kappel, Bollmarzdorf, Leipzig III, Kl.-Aschocher, Leubitz, Ettlingen, Mainz, Altrip, Harburg, Schöneberg, Heilbronn, Loschwitz, Gaißach, Dörfel, Gonsenheim, Magdeburg, Duisburg, Flensburg, Gevelsberg, Darmstadt, Starnberg, Altona, Deutz, Oppau je 200, Gaarden 193,70, Rath-Heumar 185, Niederberg, Ohrdruf je 180, Dettingen, Ulm je 170, Eiterhagen 160, Elberfeld 158,24, Leipzig I, Potschappel, Liegenhof, Stetten, Wehringhausen, Wilmerzdorf, Tauberbischofsheim, Hermsdorf, Spandau, Plauen B. Dr., Bruch, Hermülheim, Neustadt a. S., Heiligenzell, Schweningen, Dögersheim, Rostheim, Lohsch, Coblenz, Pieschen, Büßingena, Gndentch, Büdingen, Plauen i. Vgl., Lorch, Höttingen, Waldheim, Deuben, Kleinhausen je 150, Hörde 133,95, Alen 130,86, Kirchheimbolanden 120, Heidenheim, Jyehoe, Ohlau, Bergedorf, Schw. Hall, Wllingen, Weitzschheim, Dülmen, Hennef, Schweinau, Rbdelheim, Stendal, Hamburg I, Emmerich, Fürth, Untertürkheim, Frankfurt a. O., Hamburg, Memmingen, Ruit, Buzlau, Oberramstadt, Gornberg, Heidingsfeld, Fierlohn, Siegburg, Baumschulenweg, Ebbau, Nippes, Biersen, Meerane, Rüdighelm, Berchtesgaden, Bruchdorf, Goldlauter, Landau, Brühl, Oberbettingen, Bahr, Jangenberg, Schmölln, Mies, Iwerzgehofen, Schwelm, Nordhausen, Kirchditmold, Kattatt, Rohracker, Aunstadt, Hemmoor, Reffenich, Bollmarzdorf, Feuerbach, Winsen, Hob je 100, Geissenheim 99,79, Bägerdorf, Luckenau je 95, Borz 91,44, Botnang, Prizmalk je 90, Gills, Bensheim, Brandenburg, Cannstatt, Gelnhausen je 80, Rothenditmold, Nendeburg, Cottbus, Schw. Hall, Weimar je 75, Strehlen 70, Oberkirch, Draiz, Weilburg je 60, Stade, Alsbach, Urach, Leuchern, Neuhausen, Posen, Pforzheim, Westhofen, Pfleumheim, Dlesdorf, Ratingen, Großenhain, Homburg, Wlankenburg a. S., Niedenstein, Weissenfels, Freiburg i. Schl. je 50, Gedeershausen 40, Bismehna, Nidelsbach je 30, Apolda 20.

Summa der Überschüsse 41 437,98 Mk.
Eintrittsgeld von Einzelmitgliedern 12,10 =
Beiträge 2 748,50 =
Sonstige Einnahmen 5 574,49 =

Gesamteinnahme 49 778,07 Mk.

Ausgabe im Oktober.

Verandte Zuschüsse: Gelfentkirchen, Barmen, Gpflingen, Baunsdorf je 200, Deiffau, Weiberich, Wandsbeck je 150, Heideburg, Dschab, Mariendorf, Buchheim, Hofheim, Bergshausen, Elmshorn je 100, Bödingen 90, Westhofen, Neue Neustadt je 75, Untermaus, Rempten je 60, Rippolds- hausen 50, Gräfenroda 40.

Summa der Zuschüsse 2 400,— Mk.
Krankengeld an Einzelmitgliedern 1 588,98 =
Sterbegeld 180,— =
Sonstige Ausgaben 4 932,85 =

Gesamtausgabe 9 101,83 Mk.

Einnahme im Oktober 49 778,07 Mk.
Ausgabe 9 101,83 =

Zunahme des Vermögens 40 676,24 Mk.

A. Gucl, Hauptkassierer.

Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der deutschen Drechsler und deren Berufsgenossen.

(E. G. 86, Hamburg.)

Im Oktober sandten überschüsse ein: Ebn 200 Mk., Kaiserlautern 200, Stegburg 200, Berlin C 200, Steinfirchen 175, Gaan 150, Schweidnitz 150, Bergedorf 150, Wölpe 100, Harburg 100, Zeitz 100, Freiburg 50 Mk. Summa 1775 Mk.

Zuschuß erhielten: Berlin D 300, Beuel 250, Harburg 100, Hamburg II 100, Mannheim 80, Stettin 50 Mk. Summa 880 Mk.

Ful. Maßmann, Hamburg 19, Osterstr. 94 g I.

